



Beschluss-Protokoll

der 24. Sitzung, Amtsjahr 2023-2024

Donnerstag, den 29. Juni 2023, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin

Abwesende:

29. Juni 2023, 09:00 Uhr *André Auderset (LDP), Olivier Battaglia (LDP), Jo Vergeat (GAB),*
24. Sitzung *Lea Wirz (GAB).*

Verhandlungsgegenstände:

Mitteilungen	2
9. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit	2
10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit	7
12. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg	9
12. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027	10
13. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026 (Planungsbericht IWB 2023-2026)	12
Anhang A: Abstimmungsergebnisse	15
Anhang B & C: Neue Geschäfte / Neue Vorstösse	32

Beginn der 24. Sitzung

Donnerstag, 29. Juni 2023, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[29.06.23 09:00:00, MGT]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Letzte Sitzung Jeremy Stephenson

Heute ist die letzte Sitzung von Grossrat Jeremy Stephenson. Er ist seit dem 1. Februar 2017 Mitglied des Grossen Rates und seit seiner ersten Grossratssitzung welche am 8. Februar 2017 war, sowohl Mitglied der JSSK wie auch der BRK. In Erinnerung bleiben wird uns Jeremy Stephenson natürlich als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission. Er hat die Kommission weitsichtig geleitet und hier im Plenum viele Geschäfte stets mit prägnanten Voten präsentiert.

Lieber Jeremy, vielen Dank für die dem Kanton geleisteten Dienste und dass Du unseren Rat bereichert hast. Wir wünschen Dir für Deine Zukunft alles Gute.

[Applaus]

Jeremy Stephenson offeriert uns heute Morgen aufgrund seiner letzten Sitzung den Kaffee. Dafür möchten ich mich im Namen des Grossen Rates ganz herzlich bedanken.

[Applaus]

9. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[29.06.23 09:00:00, UVEK, BVD, 21.1249.03, IMG]

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Erich Bucher (FDP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Tonja Zürcher (GAB); Joël Thüring (SVP); Lisa Mathys (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; Nicole Strahm-Lavanchy Sprecherin der Kommissionsmehrheit*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein. [Abstimmung # 765, 29.06.23 09:25:57]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Gegenvorschlag

Text der Initiative

Änderung des Umweltschutzgesetzes

Titel nach §5 (neu)

§5a (neu)

Abs. 1

Antrag

Die Kommissionsminderheit beantragt einen allgemeinen Abs. 1: «Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen treffen wirksame Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerhitzung, wie insbesondere gegen Hitzetage und Tropennächte.» Falls Sie diesem zustimmen, würde er als neuer Abs. 1 eingefügt.

Wir eröffnen dazu die Debatte:

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 766, 29.06.23 09:29:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Änderungsantrags.

Antrag

Die Kommissionsmehrheit beantragt: “.. Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen schaffen mindestens 165'000 m2 neue unversiegelte Flächen”

Hier liegt ein Änderungsantrag vor: Die Kommissionsminderheit beantragt folgenden Abs. 2: «Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen schaffen dazu mindestens 169'000 m² neue Grünfläche im bestehenden Strassenraum bis ins Jahr 2037.»

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; Nicole Strahm-Lavanchy Sprecherin der Kommissionsmehrheit; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Raffaella Hanauer (GAB)*

Zwischenfrage

Voten: *Johannes Sieber (GLP); Raffaella Hanauer (GAB)*

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommissionsminderheit, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [*Abstimmung # 767, 29.06.23 09:52:14*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Antrag

Die Kommissionsmehrheit beantragt in Abs. 1 "..... und erhöhen den Baumbestand um mindestens 2'000 Bäume bis ins Jahr 2037.

Hier liegt ein Änderungsantrag vor. Die Kommissionsminderheit beantragt einen neuen Abs. 3: «Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen erhöhen dazu den Baumbestand um mindestens 4'000 Bäume bis ins Jahr 2037.»

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Abstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [*Abstimmung # 768, 29.06.23 09:56:40*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Detailberatung

Abs. 2

Antrag

Die Kommissionsminderheit beantragt einen neuen Abs. 4: «Der Kanton kontrolliert den Umsetzungsstand mit einer jährlichen Bilanzierung, die alle drei Jahre mit einem Bericht veröffentlicht wird.»

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 769, 29.06.23 09:59:20]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Detailberatung

II. Ausgabengenehmigung

Antrag

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ausgaben von Fr. 4.2 Mio. für zwei befristete Vollzeitstellen.

Die Kommissionsminderheit beantragt Ausgaben von Fr. 10.5 Mio. für fünf befristete Vollzeitstellen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 770, 29.06.23 10:01:36]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt.

Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Bereinigter Gegenvorschlag der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK)

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 54 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 771, 29.06.23 10:04:06]

Der Grosse Rat beschliesst

der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Detailberatung

Römisch II. Weitere Behandlung

Abstimmung

Abstimmungsempfehlung zur Initiative

JA heisst Annahme der Initiative, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 772, 29.06.23 10:07:07]

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Detailberatung

Römisch III. Publikation

Die von 3'843 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten formulierten Volksinitiative «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)» mit dem folgenden Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 wird wie folgt ergänzt:

§ 33a Stadtklima

1 Der Staat trifft wirksame Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung, wie insbesondere gegen Hitzetage und Tropennächte.

2 Zu diesem Zweck erhöht er insbesondere die Anzahl Bäume und schafft oder sichert zusätzliche Grünflächen.

3 Er wandelt im erforderlichen Umfang insbesondere Strassenräume in Flächen für Bäume und Grünflächen um. Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind je mindestens in ihrem Bestand zu erhalten.

Übergangsbestimmung zu § 33a

1 Nach Inkrafttreten von § 33a ist während zehn Jahren jährlich eine Fläche, welche mindestens 0.5 Prozent des gesamten Strassenraums auf Staatsgebiet im Referenzjahr 2020 entspricht, von befestigten Strassenräumen in Flächen für Bäume und Grünflächen umzuwandeln.

2 Der Kanton veröffentlicht jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Massnahmen und deren Wirkung.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

[29.06.23 10:08:04, UVEK, BVD, 21.1250.03, IMG]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen gestützt auf den Bericht 21.1250.03, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; Tonja Zürcher (GAB); Jean-Luc Perret (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Daniel Seiler (FDP); Jean-Luc Perret (SP)*

Voten: *Franz Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)*

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative.

Nach der Detailberatung entscheiden Sie in einer Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten ist.

Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Eintretensdebatte

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft **ein**.

Detailberatung

Gegenvorschlag

Titel und Ingress

Römisch I. Gegenvorschlag zur Initiative

[...]

Voten: *Raphael Fuhrer (GAB); Raffaella Hanauer (GAB); RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 48 Nein. [Abstimmung # 773, 29.06.23 10:38:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Ablehnung des Änderungsantrags.

Detailberatung

Die Kommissionmehrheit beantragt Gesamtausgaben von Fr. 14.5 Mio..

Die Kommissionminderheit beantragt Gesamtausgaben von Fr. 20.7 Mio.

Die Kosten sind in Alinea 1 – 3 aufgeteilt. Ich schlage vor, dass wir über die gesamten Antrag der Minderheit abstimmen. Falls jemand einzeln über die Alineas abstimmen möchte, bitte ich Sie sich entsprechend zu melden.

Raphael Fuhrer, Präsident UVEK: zieht den Antrag zurück.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.

Wenn Sie dem Gegenvorschlag zustimmen, wird dieser der Initiative so gegenübergestellt.

Wenn Sie den Gegenvorschlag ablehnen, kommt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

Bereinigter Gegenvorschlag der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK)

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 56 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 774, 29.06.23 10:41:30]

Der Grosse Rat beschliesst

der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Detailberatung

Römisch II. Weitere Behandlung

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; David Wüest-Rudin (GLP)*

Zwischenfragen

Voten: *Raffaela Hanauer (GAB); David Wüest-Rudin (GLP); Tonja Zürcher (GAB); David Wüest-Rudin (GLP); Fleur Weibel (GAB); David Wüest-Rudin (GLP); Daniel Sägesser (SP); David Wüest-Rudin (GLP)*

Voten: *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Raphael Fuhrer, Präsident UVEK*

Abstimmung

Abstimmungsempfehlung zur Initiative

JA heisst Annahme der Initiative, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 49 Nein. [Abstimmung # 775, 29.06.23 10:52:45]

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Detailberatung

IV. Publikation

Die von 3'859 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten formulierten Volksinitiative «für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)» mit dem folgenden Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 wird in § 30 Abs. 1 wie folgt geändert:

1 Der Staat ermöglicht und koordiniert eine sichere, wirtschaftliche, umweltgerechte und energiesparende Mobilität. Er trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs. Der öffentliche Verkehr, der Fussverkehr und der Veloverkehr geniessen Vorrang.

Übergangsbestimmung zu § 30 Abs. 1

1 Zur Umsetzung von § 30 Abs. 1 wandelt der Staat bezogen auf das Referenzjahr 2020 während zehn Jahren jährlich mindestens 0.5 Prozent des Strassenraums auf Staatsgebiet in Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr und Flächen mit Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs um.

2 Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind je mindestens in ihrem Bestand zu erhalten.

3 Der Staat veröffentlicht jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung der Massnahmen und deren Wirkung.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg

[29.06.23 10:53:33, BRK, BVD, 19.1491.02, BER]

Die Bau und Raumplanungskommission beantragt, Nichteintreten.

Voten: *Jeremy Stephenson* Sprecher der Bau- und Raumplanungskommission; *RR Esther Keller*, Vorsteherin *BVD*; *Stefan Wittlin* (SP)

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 85 Nein. [Abstimmung # 776, 29.06.23 11:05:44]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichteintreten.

12. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

[29.06.23 11:06:09, BKK, PD, 22.0686.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Beschlussvorlagen zuzustimmen.

Voten: *Franziska Roth, Präsidentin BKK; Joël Thüring, Präsident FKom; Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD; Nicole Kuster-Simon (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Pascal Messerli (SVP); Nicole Kuster-Simon (LDP)*

Voten: *David Jenny (FDP); Pascal Messerli (SVP); Sasha Mazzotti (SP); Jenny Schweizer (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

GRB I Nachtragskredit

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 5 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 777, 29.06.23 11:58:47]

Der Grosse Rat beschliesst

Zur Finanzierung der Mehrkosten im Rahmen der Staatsbeiträge an das Theater Basel für die Jahre 2023/24 bis 2026/27 wird für das Jahr 2023 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 166'667 bewilligt (Präsidialdepartement, Dienststelle Abteilung Kultur, Kostenartengruppe 36 Staatsbeiträge).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Detailberatung

Grossratsbeschluss II

Titel und Ingress

1. Ausgaben

Antrag

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragt Staatsbeiträge von 188'465'888 statt 191'265'888. Der schriftliche Antrag liegt Ihnen vor. Ich beantrage Ihnen, dass wir in einer Abstimmung über sämtliche beantragten Anpassungen in Abs. 1 abstimmen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 82 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 778, 29.06.23 12:00:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

2. Teuerungsausgleich

3. Liegenschaften

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 779, 29.06.23 12:01:13]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für das Theater Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 191'265'888 (Fr. 47'816'472 p. a.) für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 bewilligt. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Grundstaatsbeitrag

insgesamt Fr. 163'790'076 (Fr. 40'947'519 p. a. Spielzeit)

1. August 2023 bis 31. Dezember 2023 Fr. 17'061'466

1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 Fr. 40'947'519

1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 Fr. 40'947'519

1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2026 Fr. 40'947'519

1. Januar 2027 bis 31. Juli 2027 Fr. 23'886'053

Orchesterleistungen

insgesamt Fr. 27'475'812 (Fr. 6'868'953 p. a. Spielzeit)

1. August 2023 bis 31. Dezember 2023 Fr. 2'862'064

1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024 Fr. 6'868'953

1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025 Fr. 6'868'953

1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2026 Fr. 6'868'953

1. Januar 2027 bis 31. Juli 2027 Fr. 4'006'889

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

3. Die Liegenschaften Stadttheater und Schauspielhaus werden dem Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027 unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Unterhalt der beiden Liegenschaften bemisst sich nach dem effektiven Aufwand:

Dies entspricht Sachleistungen von:

a) Stadttheater:

kalkulatorische Kosten Gebäude- und Landwert

Fr. 104'700'000 à 5 % Fr. 5'235'000

Unterhalt Stadttheater inkl. Einrichtungen gemäss effektivem Aufwand

b) Schauspielhaus:

kalkulatorische Kosten Gebäude- und Landwert

Fr. 22'600'000 à 5 % Fr. 1'130'000

Unterhalt Schauspielhaus inkl. Einrichtungen gemäss effektivem Aufwand

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Antrag

Der Präsident beantragt das Geschäft 13 noch abzuschliessen

Raffaela Hanauer (GAB): beantragt um 15:00 Uhr mit der Sitzung fortzufahren.

Abstimmung

JA heisst Trakt. 13 jetzt abschliessen, NEIN heisst die Sitzung um 15:00 Uhr fortführen.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 25 Nein, 12 Enthaltungen. [Abstimmung # 780, 29.06.23 12:03:19]

Der Grosse Rat beschliesst

Mit der Sitzung fortzufahren, bis Traktandum 13 abgeschlossen ist.

13. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026

(Planungsbericht IWB 2023-2026)

[29.06.23 12:03:54, UVEK, WSU, 22.1690.02, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Leistungsauftrag

2. Investitionen

Lit. a – lit. d

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 781, 29.06.23 12:13:02]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Leistungsauftrag der IWB für die Periode 2023-2026 wird genehmigt.

2. Der Investitionsrahmen der IWB für die Periode 2023-2026 wird mit Gesamtinvestitionen pro Sparte wie folgt genehmigt:

a. Sparte Strom Fr. 265 Mio.

b. Sparte Wärme Fr. 294 Mio.

c. Sparte Wasser Fr. 117 Mio.

d. Sparte Telekom Fr. 14 Mio.

e. Gesamtunternehmen (spartenübergreifend) Fr. 60 Mio.

Verschiebungen von gesamthaft bis zu Fr. 35 Mio. zwischen einzelnen Sparten sind zulässig, sofern der Investitionsrahmen von total Fr. 750 Mio. eingehalten wird.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 24. Sitzung

12:11 Uhr

Bülent Pekerman
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	A
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	1	-	-	-	-	-	-	-	1
N	Nein	92	30	15	13	11	9	7	7	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	-	3	2	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	46	30	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	E	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	E	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	38	-	-	13	6	7	7	4	1
N	Nein	54	29	16	-	5	1	-	3	-
E	Enthaltung	3	1	-	-	-	2	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	E	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaela Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	45	29	16	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	1	1	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	2	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	47	30	17	-	-	-	-	-	-
N	Nein	48	-	-	13	11	9	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	4	-	1	2	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	E	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaela Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	E	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	36	-	-	13	6	5	7	4	1
N	Nein	56	29	17	-	5	2	-	3	-
E	Enthaltung	3	1	-	-	-	2	-	-	-
A	Abwesend	4	-	1	2	-	1	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative Für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative) sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	47	30	17	-	-	-	-	-	-
N	Nein	49	-	-	13	11	10	7	7	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	3	-	1	2	-	-	-	-	-
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg
-----------------	--

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	A
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	0	-	-	-	-	-	-	-	-
N	Nein	85	29	15	12	7	8	7	7	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	14	1	3	3	4	2	-	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaela Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	E	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	E	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	E
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	A
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	79	29	15	11	2	9	6	7	-
N	Nein	5	-	-	-	5	-	-	-	-
E	Enthaltung	4	-	-	1	3	-	-	-	-
A	Abwesend	11	1	3	3	1	1	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	N
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Adrian Iselin (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Nicole Kuster (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	N
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	N	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Christian C. Moesch (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	N	Felix Wehrli (SVP)	E
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Christine Keller (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	E
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeci (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Amina Trevisan (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	N		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	7	-	-	-	7	-	-	-	-
N	Nein	82	30	16	12	2	9	6	7	-
E	Enthaltung	3	-	-	1	1	1	-	-	-
A	Abwesend	7	-	2	2	1	-	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	E	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	J	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	E
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	84	30	15	12	5	9	6	7	-
N	Nein	5	-	-	-	5	-	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	1	-	1	-	-	-
A	Abwesend	8	-	3	2	1	-	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	E	Beda Baumgartner (SP)	E
Barbara Heer (SP)	E	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Nicola Goepfert (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	E	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	E
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	A	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	E
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	N	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	E	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	E	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	E	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Leoni Bolz (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	E
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	N	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	E		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	53	18	1	12	9	7	-	6	-
N	Nein	25	7	12	-	-	2	4	-	-
E	Enthaltung	12	5	2	1	-	1	2	1	-
A	Abwesend	9	-	3	2	2	-	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel für die Periode 2023-2026 (Planungsbericht IWB 2023-2026)

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	J
Barbara Heer (SP)	A	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	A	Stefan Wittlin (SP)	J	Anouk Feurer (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Nicola Goepfert (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	A
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Fina Girard (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Adrian Iselin (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Nicole Kuster (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	A
Jo Vergeat (GAB)	A	Philip Karger (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	P
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	J
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Daniel Seiler (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
Patrick Fischer (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	A	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	J	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Christian C. Moesch (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Bruno Lötscher (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	A	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Christine Keller (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Leoni Bolz (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Amina Trevisan (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	A	Béla Bartha (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	J		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	79	22	14	13	8	9	6	7	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	20	8	4	2	3	1	1	-	1
P	Präsidium	1						1		
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Leistungsauftrag und den Gesamtinvestitionen der IWB Industrielle Werke Basel (Planungsbericht IWB) für die Periode 2023 bis 2026	UVEK	WSU	22.1690.02
2.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative «für ein gesundes Stadtklima (Gute-Luft-Initiative)» sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit	UVEK	BVD	21.1249.03
3.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Bericht zur kantonalen Volksinitiative «für eine zukunftsfähige Mobilität (Zukunfts-Initiative)» sowie zum Ratschlag zum Gegenvorschlag sowie Bericht der Kommissionsminderheit	UVEK	BVD	21.1250.03
4.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zur kantonalen Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle". Fristverlängerung zur Bearbeitung	BKK	ED	21.0998.04
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Theater Basel für den Zeitraum vom 1. August 2023 bis 31. Juli 2027	BKK	PD	22.0686.02
6.	Kantonale Volksinitiative für "Sicherere Velorouten in Basel-Stadt". Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat sowie eine Verlängerung der Frist zur Durchführung der Volksabstimmung		BVD	22.0979.02
7.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2022 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2022 der fünf kantonalen Museen	FKom / BKK		23.5307.01
8.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2022 des Regierungsrats	GPK		23.5305.01
9.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Spezielle Nutzungspläne für den öffentlichen Raum; Festsetzung spezieller Nutzungspläne sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Barfüsserplatz/Theaterplatz, Kasernenareal, Marktplatz, Münsterplatz, Oberer Rheinweg, Schützenmattpark und Unterer Rheinweg	BRK	BVD	19.1491.02
10.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt		BVD	21.5322.02
Überweisung an Kommissionen				
11.	Ratschlag «Areal Settelen» Zonenänderung im Bereich Türkheimerstrasse, Birkenstrasse, Ahornstrasse, Schlettstadterstrasse (Parzellen 2255, 1474, 4100, 4101, 4102, 3329 und 3889 der Sektion 2) und Abweisung der Einsprachen	BRK	BVD	23.0689.01
12.	Ratschlag "Lockerung und Vereinfachung der Bauvorschriften zur Stärkung des Blockrands sowie eine Differenzierung der Dachgeschossvorschriften" sowie Bericht zum Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Schaffung von Anreizen für die bauliche Verdichtung im Bestand	BRK	BVD	23.0449.01 21.5232.02
13.	Ausgabenbericht betreffend Zusatzbeitrag an die GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2023 sowie betreffend Übernahme Fehlbetrag von GGG Benevol für die Koordination und Begleitung von Gastfamilien für Geflüchtete aus der Ukraine im Jahr 2022	GSK	WSU	23.0712.01
14.	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung der Leistungsperiode 2022	IPK FHNW	ED	23.0744.01
15.	Universität Basel: Leistungsbericht 2022 <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Universität	ED	23.0739.01

16.	Rücktritt von Stephanie von Sprecher als Richterin am Strafgericht Basel-Stadt per 31. August 2023	WVKo	23.5354.01
17.	Petition P465 "Tempo 30 für die Neuweilerstrasse"	PetKo	23.5335.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»	BVD	23.5087.02
19.	Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikums-sporthalle sowie zum Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel	ED	20.5443.03 17.5132.04
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Aufstockung von Lehrstellen und Praktika beim Kanton	FD	21.5303.02
21.	Motionen:		
1.	Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat		23.5324.01
2.	Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen		23.5332.01
3.	Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen		23.5333.01
4.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!		23.5346.01
5.	Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen		23.5347.01
6.	Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen		23.5348.01
7.	Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten		23.5349.01
22.	Anzüge:		
1.	Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen		23.5326.01
2.	Daniel Seiler und Konsorten betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse		23.5327.01
3.	Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Veloroute Aeschenplatz – Bruderholz		23.5328.01
4.	Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof		23.5329.01
5.	Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie		23.5339.01
6.	Daniel Albiets und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"		23.5340.01
7.	Lorenz Amiet und Daniel Sägesser betreffend "E-Fuel als CO2-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"		23.5341.01
8.	Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige		23.5342.01

- | | | |
|-----|--|------------|
| 9. | Georg Mattmüller und Konsorten betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen | 23.5343.01 |
| 10. | Beda Baumgartner und Konsorten betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort | 23.5344.01 |
| 11. | Pascal Pfister und Konsorten für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen | 23.5345.01 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|------------|
| 23. | Geschäftsbericht 2022 der Basler Kantonalbank; Genehmigung | FD | 23.0738.01 |
| 24. | Geschäftsbericht 2022 der Pensionskasse Basel-Stadt | FD | 23.0743.01 |
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptions-sensibilisierung und –bekämpfung (stehen lassen) | FD | 19.5131.03 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kurse für das Ausfüllen der Steuererklärung über den Kanton BS? | FD | 23.5151.02 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Steuerhinterziehung | FD | 23.5158.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend kostenfreies Wasser in Restaurants | WSU | 23.5175.02 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend sie besetzen eine Basler Schule - und werden willkommen geheissen | ED | 23.5153.02 |
| 30. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Ausladung vom Büro für Gleichstellung zum Mädchen-Parlament | PD | 23.5155.02 |
| 31. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Verlagerung vom Sex-Geschäft der Webergasse in private Wohnungen über den ganzen Kanton hinweg | JSD | 23.5188.02 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wo sind die Menschen | JSD | 23.5178.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend doppelte Strassen Namen sorgen für Verwirrung | JSD | 23.5173.02 |
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Deutsche Polizei in Basel | JSD | 23.5170.02 |
| 35. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend geplante Demos in Basel | JSD | 23.5169.02 |
| 36. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend illegale Autorennen | JSD | 23.5160.02 |
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Brand im Roche Turm | JSD | 23.5157.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wer bezahlt die Feuerwehr bei Privat-Anlass im Hotel Drei Könige | JSD | 23.5156.02 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kriminalität bei der Basler Fasnacht | JSD | 23.5154.02 |
| 40. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Velos wurden im Zeughaus abgeholt? | JSD | 23.5144.02 |

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat

23.5324.01

Das Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (Öffentliche Spitäler-Gesetz, ÖSpG) legt in § 11 betreffend Aufsicht fest, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat die Jahresrechnung eines Spitals zur Kenntnis bringt. Die Eignerstrategien, die den inhaltlichen und finanziellen Kurs der Spitäler über einen mehrjährigen Zeitraum festlegen und von der Regierung bestimmt werden, finden in diesem Zusammenhang keine Erwähnung.

Im Gegensatz dazu halten die Gesetze zu den ebenfalls ausgelagerten öffentlichen Institutionen BKB, BVB und IWB die Kenntnisgabe der Eignerstrategien an den Grossen Rat fest.

Die fehlende Kenntnisgabe der Eignerstrategien im Fall der öffentlichen Spitäler stellt einen gesetzlichen Mangel dar. Die BKB-, BVB- und IWB-Gesetze zeigen, dass die parlamentarische Kenntnisnahme und damit auch die Meinungsäusserung des Parlaments zur mehrjährigen Planung der Regierung bei anderen, ebenfalls systemrelevanten Institutionen als selbstverständlich angesehen wird. Die GSK fordert daraus folgernd einstimmig die Ergänzung des ÖSpG mit dem Passus, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat die Eignerstrategien der Spitäler zur Kenntnis bringt.

Für die Gesundheits- und Sozialkommission: Oliver Bolliger, Präsident

2. Motion betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen

23.5332.01

Allgemeines

Es ist hinlänglich bekannt, dass Basel-Stadt über viel zu wenig Sporthallen verfügt. Auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen stehen Sanierungen an. Es sollen lediglich «Pinsel-Sanierungen» durchgeführt werden, obwohl dem Campus und den Vereinen deutlich zu wenig Sporthallen zur Verfügung stehen.

Schon das Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. März 1972 wie auch das Sportgesetz des Kantons BS vom 18. Mai 2011, Art. 12 schreibt vor, dass die Kantone dafür sorgen, dass die Schulen über die für Turnen und Sport notwendigen Anlagen und Einrichtungen verfügen.

Zudem hält das Bundesamt für Sport BASPO in ihren Sporthallen Planungsgrundlagen vom Oktober 2017 fest, dass für den Sportunterricht an Schulen auf 24-36 Wochenlektionen (entspricht 8-12 Klassen) eine Sporthalle mit entsprechender Dimension vorzusehen ist:

Einfachhalle (28 x 16 x 7m), Doppelhalle B (44 x 23.5 x 8m), Dreifachhalle (49 x 28 x 9m)

Ausgangslage

Bereits im Dezember 2010 wird im Allokationsbericht als Grundlage für die Neuaufteilung des Schulraums vom Kanton festgehalten, dass für den Schulstandort Bäumlihof/Drei Linden/Hirzbrunnen künftig 83 Schulklassen auf allen Schulstufen geplant sind. Zudem sollen an der Sekundarschule und am Gymnasium die Sportklassen geführt werden. Diese beanspruchen ebenfalls noch zusätzliche Hallenkapazitäten. Das jetzige Sporthallenangebot sei für die geplante Klassenzahl zu gering. Zudem sind die beiden Sporthallen der PS Hirzbrunnen stark renovationsbedürftig. Das Sportamt schlägt deshalb vor, die zwei alten Hallen durch einen Ersatzbau einer Dreifachhalle zu ersetzen.

Auch gemäss Sportanlagenkonzept Basel vom Juni 2022 (S. 67 im Bericht) besteht «Handlungsbedarf bei den grösseren Schulsport- und Sporthallen (Doppelhallen, Dreifachhallen)» und ein «Ausbau der Schulsport- und Sporthallenkapazitäten» sei anzustreben.

Situation

Unterdessen befinden sich auf dem Campus nicht 83 Schulklassen, sondern bereits bald 100 Schulklassen mit ca. 370 Sport-Wochenlektionen.

Die beiden Turnhallen des Hirzbrunnenschulhauses entsprechen nicht den Standards (448m²) des Bundesamts für Sport (siehe Ausführungen oben). Mit ca. 290 m² haben diese eine deutlich zu kleine Grundfläche. Bereits ab der 3.

Klasse der Primarschule ist die Hallengrösse zu klein bemessen. Dies gilt erst recht für die Sekundarschule (Drei Linden), die ebenfalls diese Turnhallen nutzt. Ebenfalls ist der Vereinssport betroffen, was auch von Seiten Sportamt bestätigt wird.

Der Regierungsrat wird beauftragt:

- Massnahmen zu treffen, um einerseits den Mangel an Sporthallen auf dem Gebiet des Schul-Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen und dadurch auch auf Kantonsgebiet zeitnah durch den Bau neuen Hallenraums (Dreifachturnhalle), der sowohl die Anliegen des Schul- wie auch des Vereinssports berücksichtigt, und andererseits den Mangel an Schulraum, Räumen für die Tagesstruktur und für die Quartierbevölkerung nutzbaren Raums (fehlende Aula) zeitnah zu beheben.
- Dazu sollen mindestens die zwei renovationsbedürftigen Turnhallen des Hirzbrunnenschulhauses durch eine neu zu bauende Dreifachturnhalle gem. der Norm des BASPO ersetzt werden, anstatt einer teuren Renovation.
- Die Sanierungsvorbereitungen der Hirzbrunnen-Turnhallen sind umgehend nach der Überweisung dieser Motion zu stoppen, damit abgeklärt werden kann, wie die herrschenden Mangellagen für den Schul- und Sportbetrieb sowie für Zusammenkünfte der Quartierbevölkerung durch einen Neubau behoben werden können.
- Die Planungsarbeiten für dieses Projekt so zu terminieren, dass just nach Abschluss der Sanierungsarbeiten der Bäumlihof-Sportanlagen mit den Bauarbeiten für einen neuen Komplex begonnen werden kann.

Alex Ebi, Thomas Gander, Christian von Wartburg, Melanie Eberhard, Nicole Strahm-Lavanchy, Roger Stalder, Philip Karger, Joël Thüring, Jenny Schweizer, Felix Wehrli, Daniel Hettich, Sasha Mazzotti, Adrian Iselin, Bruno Lötscher-Steiger, Olivier Battaglia, Lydia Isler-Christ, Pascal Pfister, Sandra Bothe, Béla Bartha, Lorenz Amiet, Luca Urgese, Christian C. Moesch, Johannes Sieber, Oliver Thommen, André Auderset, Beat Braun, Daniel Seiler, Balz Herter, Brigitte Gysin, Oliver Bolliger, Pasqualine Gallacchi, Harald Friedl, Jo Vergeat, Laurin Hoppler, Anouk Feurer, Mahir Kabakci, Tonja Zürcher, Heidi Mück, Nicola Goepfert, Lukas Faesch, Catherine Alioth, Raoul I. Furlano, Michael Hug, Annina von Falkenstein, Fleur Weibel, Jérôme Thiriet

3. Motion betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen

23.5333.01

Mit seiner Ankündigung im April 2022, am Standort des heutigen Musical Theater Basel am Riehenring ein neues Hallenbad mit einem 50-Meter-Schwimmbecken bauen zu wollen, hat der Regierungsrat bekanntlich eine breite Diskussion um das gegeneinander ausspielen von Sport und Kultur ausgelöst. In der Folge wurde die Initiative «Erhalt des Musical Theater Basel» lanciert und ist laut Medienberichten bereits zustande gekommen.

Im März 2023 hat der Grosse Rat dem Antrag der Regierung zugestimmt und die Abstimmungsfrist für die kantonale Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! – JETZT!» um 18 Monate bis zum 14. März 2025 verlängert. Mit der Fristenverlängerung sollen etwaige Konflikte im Zusammenhang mit der kantonalen Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» vermindert und das Vorgehen mit beiden Initiativen abgestimmt werden können.

Der Mietvertrag mit der heutigen Betriebsgesellschaft im Musical Theater endet Ende 2024. Reizt der Regierungsrat die bewilligte Abstimmungsfrist aus, wird erst dann über die Initiativen abgestimmt, wenn der heute laufende Betrieb im Musical Theater bereits eingestellt wurde. Es droht ein jahrelanger Leerstand. Die Grundbetriebskosten laufen weiter. Das nicht bespielte Gebäude verliert zusätzlich an Wert. Es werden keinerlei Mieterträge erzielt und auch für die Öffentlichkeit und den Kanton erzielt das leere Gebäude keinerlei positive Effekte, ganz im Gegenteil. Das Musical Theater ist heute und auch nach Ende 2024 ohne weiteres bespielbar (ohne Zusatzinvestitionen). Die Räumlichkeiten erfüllen die sicherheitsrelevanten Aspekte und die auftretenden Künstler:innen loben gar die Infrastruktur (z.B. bestehende Proebühne, grosszügiges Foyer, Büroräumlichkeiten etc.).

Es ist aus oben genannten Gründen nicht realistisch, dass das weitere Vorgehen mit dem Musical Theater vor Ende 2024 bekannt ist. Eine mehrjährige Verzögerung ist schon heute klar; selbst wenn dereinst eine Schwimmhalle gebaut werden sollte. Sollte das Volk dem Erhalt des Musical Theaters zustimmen, wäre ein Leerstand besonders schädlich. Daher muss die Regierung möglichst bald aktiv werden und i.S. einer lückenlosen Zwischennutzung eine Betriebsgesellschaft finden, welche diese Lücke füllt. Es haben sich offensichtlich schon Interessierte gemeldet, die fachlich und finanziell dies betreiben können und wollen. Mit einer solchen professionellen Betriebsgesellschaft ergäbe sich für den Kanton zusätzlich die Chance, dass bei Annahme der Initiative «Erhalt des Musical Theater Basel» der Betrieb lückenlos übernommen werden könnte. Die Regierung darf jedenfalls nicht zuwarten. Der Schaden wird täglich grösser: Veranstaltungen für das Jahr 2025 werden nun schon im Jahr 2023 angefragt.

Daher beauftragen die Motionär:innen den Regierungsrat dringlich:

Die lückenlose Zwischennutzung des Musical Theaters ab dem Jahr 2025 sicherzustellen, indem dies innerhalb eines halben Jahres ausgeschrieben und vertraglich an eine Betriebsgesellschaft vergeben wird (entgeltlich/Mietzins/ohne Subventionen); auch als parallel notwendige Massnahme in der Behandlung der Initiativen und des in Ausarbeitung stehenden Kreditbeschlusses i.S. Umnutzungsvariante.

Johannes Sieber, René Brigger, Lorenz Amiet, Daniel Seiler, Andrea Strahm, Tonja Zürcher, Niggi Daniel Rechsteiner, Bruno Lötscher-Steiger, Christoph Hochuli, Alex Ebi, Alexandra Dill, Béla Bartha, Fleur Weibel, Christine Keller, Claudia Baumgartner, Laurin Hoppler, Mahir Kabakci, Christian von Wartburg, Stefan Suter, Balz Herter, Amina Trevisan, Franz-Xaver Leonhardt, Thomas Widmer-Huber, Christian C. Moesch, Jérôme Thiriet, Brigitte Gysin, Jo Vergeat, Sasha Mazzotti, Daniel Albietz, Nicola Goepfert, Sandra Bothe, Joël Thüring

4. Motion betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!

23.5346.01

Ein selbstbestimmtes Leben zu führen, muss auch in Lebenssituationen möglich sein, in denen Menschen auf Unterstützung in verschiedenen Formen angewiesen sind. Typischerweise ist dies bei Alter und Behinderung, aber auch bei Unfall und Krankheit der Fall. Die Unterstützungen sind vielfältig, aber selten koordiniert. Die demografischen Anforderungen sind mit der zunehmenden und älter werdenden Bevölkerung anspruchsvoll.

Nicht nur selbstbestimmte Lebensführung, sondern auch steigende Gesundheitskosten prägen daher die planerische Stossrichtung «ambulant vor stationär». Dieser Grundsatz ist in der Versorgung der Spitäler strategisch angelegt, nicht aber im spitalexternen Bereich sowie im Bereich der Pflege, Betreuung und Assistenz. Es fehlt eine grundsätzliche Strategie, zusammenhängende Angebote und Leistungen zu planen und einzurichten, die den Eintritt oder den Verbleib in einer Institution der Alters- oder Behindertenhilfe im Sinne der Selbstbestimmung verhindern oder zumindest verzögern.

Es braucht eine Strategie in der «integrierten Versorgung», die insbesondere Pflege, Betreuung und Assistenz einbezieht, wenn der Grundsatz «ambulant vor stationär» nicht eine Absichtserklärung bleiben soll. Diese sollte folgende Punkte beinhalten:

- Eine integrierte Versorgung regelt ausgehend von der übergeordneten Zielsetzung «ambulant vor stationär» die einzelnen spitalexternen Leistungen der Pflege, Betreuung und Assistenz sowie deren Schnittstellen.
- Bedarfs- und fachgerechte spitalexterne Leistungen sind sowohl in der stationären wie in der ambulanten Versorgung sichergestellt und erfolgen mittels Fach- Betreuungs- oder Assistenzleistungen.
- Der Kanton stellt Angebote der Angehörigenentlastung und bei Not- und Überbrückungssituationen (inkl. die Anzeige prekärer oder sich schnell verändernder Umstände) sicher.
- Der Kanton fördert den Ressourcenerhalt, die Selbständigkeit und die Beziehungspflege der Leistungsbeziehenden.
- Die neue Gesetzesgrundlage ermöglicht die Umsetzung weiterer Leistungen in der Pflege, Betreuung und Assistenz von zu Hause lebenden Personen.

Die Leistungen des Kantons bleiben subsidiär zu Leistungen der Sozialversicherungen des Bundes (AHV, IV, KVG, UVG, BVG etc.).

Mit einer gesetzlichen Grundlage der «integrierten Versorgung» ermöglicht der Kanton eine zeitgemässe, bedarfsgerechte Versorgung und selbstbestimmtes Verbleiben zu Hause bzw. die Rückkehr nach Hause.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, eine entsprechende Gesetzesvorlage für die integrierte Versorgung auszuarbeiten, sei es mit einer Revision des Gesundheitsgesetzes (GesG) oder mit einem neuen Gesetz, das insbesondere Leistungen der Pflege, Betreuung und Assistenz zuhause als Teil der kantonalen Versorgungsstrategie regelt.

Georg Mattmüller, Christine Keller, Christian C. Moesch, Pasqualine Gallacchi, Oliver Bolliger, Raoul I. Furlano, Melanie Nussbaumer, Tobias Christ, Thomas Widmer-Huber, Patrick Fischer, Melanie Eberhard

5. Motion betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen

23.5347.01

Das Kinderbetreuungssystem in Basel hat ein strukturelles Problem: die Tagesstrukturen haben während den Schulferien geschlossen. Der beschlossene Ausbau der Tagesstrukturen in den Kindergärten (21.0064) und das neue Tagesbetreuungsgesetz (17.1460), welches darauf abzielt, dass Kinder ab Kindergartenalter von den Kitas in die Tagesstrukturen wechseln, haben das Problem nochmals deutlich verschärft für Familien im Kanton.

Neben den Lösungen auf privater Ebene (z.B. Grosseltern), gibt es auf institutioneller Ebene zwar Tagesferien, Ferienbetreuung an Schulen und Sportlager, die von verschiedenen öffentlichen und privaten Anbietern durchgeführt werden. Die Ferienbetreuung bedeutet aber, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern, einen grossen Organisations-, Zeit-, und Kostenaufwand (siehe Interpellation Heer 22.5282). Weil Angebote im Quartier rasch ausgebucht sind, verbringen Kinder Tagesferien häufig an unbekanntenen Orten, an denen sie niemanden von den Betreuungspersonen oder den Kindern kennen. Insbesondere für Kinder im Kindergartenalter, die mehrere Wochen in den Tagesferien verbringen, kann dies eine Überforderung sein. Wegen dem Mangel an Angeboten in Quartiersnähe müssen Eltern ihre Kinder an die Tagesferien-Standorte begleiten. Dies verschlechtert die Vereinbarkeit Beruf und Familie während den Schulferien deutlich: es ist schlicht nicht möglich, zwei Kinder an zwei

verschiedene Standorte in der Stadt zu bringen, sie abzuholen, und dazwischen ein übliches Tagespensum zu arbeiten.

Weil der während der Schulzeit geltenden Anspruch auf zumutbaren Schulweg und der in den Kindertagesstätten und Tagesstrukturen geltenden pädagogische Qualitätsanspruch auf eine gewisse Konstanz der Betreuungsgruppen für Tagesstruktur-Kinder während den Ferien nicht gelten, hat Basel eine deutliche Angebotslücke bei der Ferienbetreuung. Am stärksten betroffen davon sind Familien, die die Lücke nicht mit einem privaten Betreuungsnetz abdecken können. Dazu gehören ausländische Fachkräfte und andere Familien, die kürzlich nach Basel gezogen sind. Der geplante quantitative Ausbau der Tagesferien und das neue Online-Portal reichen bei weitem nicht aus, um diesen deutlichen Nachteil in der Standortattraktivität Basels zu verringern. Insbesondere für frisch aus dem Ausland zugezogene Familien bleibt das unübersichtliche und komplizierte System der Ferienbetreuung schwierig zu verstehen, kaum zu bewältigen und somit kaum zugänglich. Deshalb sind für die hier ansässigen grossen internationalen Unternehmen, die sich im internationalen Wettstreit um Fachkräfte befinden, strukturelle Vereinbarkeitsverbesserungen rund um die Schulferien in Tagesstrukturen von grossem Wert und dringend nötig. Aus Sicht der Unterzeichnenden braucht es deshalb jetzt die Einführung von Ferienbetreuung an den Tagesstrukturen. Alle Tagesstrukturen sollen Ferienangebote haben, welche an einzelnen Tagen buchbar sind. Nur diese Lösung garantiert verlässlich die Vereinbarkeit für alle Familien, zumutbare Wege und eine gewisse Vertrautheit mit Orten und Personen. Komplementär dazu sollen Tagesferien-Angebote selbstverständlich weiterexistieren, da sie die Bedürfnisse nach Abwechslung und Neuem in den Ferien abdecken. Bei den heutigen drei Schulstandorten mit dem Angebot «Ferienbetreuung an Schulen» sei die Nachfrage gering (Interpellation von Wartburg 23.5044), doch das hat Gründe in der mangelhaften Bewerbung und in einem Konzept, das aus Sicht der Kinder wenig attraktiv ist. Diese operativen Probleme gilt es zu lösen. Die Erfahrungen von erfolgreichen Tagesferien-Anbietern und Tagesstrukturen, die bereits Ferienbetreuung anbieten, sollen genutzt werden für den Aufbau von Ferienangeboten in allen Tagesstrukturen. Es könnten durch attraktive Kooperationen neue Konzepte entstehen.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat dazu auf, an allen Tagesstrukturen Ferienbetreuung einzuführen. Verbundlösungen im Quartier sollen möglich sein.

Barbara Heer, Melanie Nussbaumer, Niggi Daniel Rechsteiner, Nicole Amacher, Tobias Christ, Christian C. Moesch, Pascal Pfister, Oliver Thommen, Lisa Mathys, Edibe Gölgegi, Franziska Roth, Fleur Weibel, Heidi Mück, Christine Keller

6. Motion betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen

23.5348.01

Im Jahr 2017 hat es der Grosse Rat abgelehnt, im Kanton Basel-Stadt ein Lohnabzugsverfahren einzuführen (Geschäft Nr. 17.0347). Dieses Verfahren hätte vorgesehen, dass Arbeitgebende vom Lohn ihrer Angestellten einen Abzug vornehmen und den abgezogenen Betrag an die Steuerverwaltung abliefern müssen. Nun soll das Lohnabzugsverfahren mittels einer Volksinitiative nochmals zur Diskussion gestellt werden.

Die Argumente, die gegen ein solches Lohnabzugsverfahren sprechen, sind nach wie vor gültig. Es ist jedoch unbestritten, dass Steuerforderungen für viele Menschen im Kanton ein Problem sind. Das hat zunächst damit zu tun, dass die Steuern - trotz kürzlich erfolgter Steuersenkung – einen substanziellen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen. Zu viele Menschen schieben - teils aus finanzieller Not, teils aus falscher Priorisierung von Ausgaben, teils aber auch aus Nachlässigkeit - Steuerzahlungen auf, bis sie mit Steuerschulden konfrontiert sind und in Probleme geraten.

Die Motionäre lehnen ein Lohnabzugsverfahren weiterhin entschieden ab. Es liegt in der Verantwortung der Steuerpflichtigen, ihre Steuern rechtzeitig zu bezahlen. Schon heute können die Steuerpflichtigen mittels Dauerauftrag dafür sorgen, dass jeden Monat ein Teil ihrer Steuern an die Steuerverwaltung überwiesen wird. Es ist zudem naheliegend, dass gerade die Zielgruppe dieser Massnahme sich für ein Opt-out entscheiden und damit dem Lohnabzugsverfahren entziehen wird, weil das Geld anderweitig beansprucht wird. Schliesslich ist nicht einzusehen, wieso Steuern mittels eines solchen Lohnabzugs gegenüber anderen Forderungen privilegiert behandelt werden sollen. Eine solche Privilegierung ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Statt das Inkasso der Steuern auf die Unternehmen abzuwälzen, sollte der Staat sich selbst um das Inkasso seiner Steuern kümmern. Die Motionäre schlagen deshalb folgendes Alternativmodell vor:

- Der Kanton soll periodisch (z.B. monatlich oder nach Wahl der steuerpflichtigen Person) Rechnungen an die Steuerpflichtigen für einen Teilbetrag der Steuern verschicken.
- Im Gegensatz zur heutigen Praxis, einmal jährlich eine unbezifferte Einladung zur Vorauszahlung zu verschicken, soll auf der Rechnung ein konkreter Betrag aufgeführt werden, welcher aufgrund der Vorjahressteuer berechnet wird.
- Die Zahlung dieser Rechnung ist freiwillig. Es darf weniger (oder mehr) bezahlt werden. Es erfolgt kein Mahn- oder Inkassoverfahren.
- Beim Versand dieser Rechnungen sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung ausgereizt werden, Z.B. Rechnungsversand per Mail, eBill oder LSV/LSV+, um die Kosten für den Kanton so gering wie möglich zu halten und den Prozess so weit wie möglich zu automatisieren.

- Schliesslich soll der Kanton in geeigneter Form Unterstützung anbieten bei der Einrichtung eines Dauerauftrages für regelmässige Steuerzahlungen.

Die Vorteile dieser Lösung liegen auf der Hand:

- Die Selbstverantwortung der Steuerpflichtigen bleibt bestehen.
- Der Staat wälzt den Aufwand für das Steuerinkasso nicht auf private Unternehmen ab. Diese werden nicht zusätzlich mit grossem bürokratischem Aufwand belastet. Sie werden auch keinem Haftungs- und keinem Strafbarkeitsrisiko ausgesetzt.
- Es erfolgt keine Privilegierung von Steuerforderungen des Staates gegenüber anderen privaten Forderungen.
- Die wesentlichen Punkte des Lohnabzugsverfahrens - regelmässige Zahlung der Steuern, Opt-out-Möglichkeit, Information der Steuerpflichtigen, Verzinsung - werden auch mit dieser Lösung umgesetzt.
- Die Kosten dieser Lösung dürften günstiger sein, als das Lohnabzugsverfahren mit Entschädigung der Arbeitgebenden für ihren Aufwand.

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Grossen Rat eine Vorlage zu unterbreiten, mit dem ein Steuerrechnungsmodell im Sinne der vorstehenden Ausführungen eingeführt werden kann. Hierbei sind unter anderem die Kosten dieser Lösung den Kosten eines Lohnabzugsverfahrens (inkl. Aufwendungen der Arbeitgebenden) gegenüberzustellen. Das Modell soll nach einem geeigneten Zeitraum ausgewertet werden, um zu beurteilen, ob die Zielgruppe effektiv erreicht und die Zahl der Steuerschuldner reduziert werden kann.

Luca Urgese, Daniel Seiler, Joël Thüring, Raoul I. Furlano, David Wüest-Rudin, Balz Herter

7. Motion betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten

23.5349.01

Es ist unwidersprochen, dass Bäume eine sehr positive Wirkung auf das Klima in der Stadt haben. Es ist daher erfreulich, dass der Baumbestand in Zahlen seit Jahren steigend ist. Dagegen steht aber leider, dass sowohl die Lebensdauer als auch die ökologische Qualität der Bäume nicht in gleichem Masse zu- sondern stetig abnehmen. Der Klimawandel setzt dem bestehenden Baumbestand dazu. Baumarten, die früher stadtvträglich waren, leiden unter Hitzestress, Trockenheit oder Krankheiten, sterben früher und erreichen häufig nicht mehr dieselbe Grösse und dasselbe Kronenvolumen wie in früheren Zeiten. Heute geht die Stadtgärtnerei von einer mittleren Lebensdauer für einen Stadtbaum in Basel von nur noch 30 bis 40 Jahren aus. Dies bedeutet, dass viele Stadtbäume während ihrer Lebenszeit, ihre optimale Grösse und damit eine maximal positive Wirkung für das Stadtklima nicht mehr erreichen oder dann nur für wenige Jahre. Zahlen hierzu wurden bereits 2019 in der Motion 19.5151.02 von Thomas Grossenbacher und Konsorten zum wirkungsvollen Baumschutz dargelegt.

Für den Schutz des Baumbestands im öffentlichen und privaten Raum spielte das bestehende Baumgesetz in der Vergangenheit eine weitgehend zielführende Rolle. Es verlangt, dass der Baumbestand im Kanton Basel-Stadt zu erhalten und möglichst zu vermehren ist. Entsprechend wird im kantonalen Baumkataster die Baumart, die Anzahl, das Alter und weitere Angaben erfasst und Verluste werden durch Ersatzpflanzungen ersetzt. Nicht erfasst wird hingegen die Grösse der Bäume bzw. ihr Kronenvolumen, obwohl dieses für die ökologische Bedeutung bzw. die positive Auswirkung eines Baumes für das Stadtklima entscheidend ist. Es ist zu befürchten, dass in den letzten Jahren trotz einer zunehmenden Anzahl von Bäumen in der Stadt ihre positive ökologische Rolle für das Stadtklima abgenommen hat, weil die Bäume heute im Durchschnitt kleiner sind und ein geringeres Kronenvolumen haben.

Aus diesem Grund sind die Unterzeichnenden der Ansicht, dass in Zukunft auch die ökologische Qualität des Baumbestands erhoben werden muss, um beurteilen zu können, ob mit den getätigten Ersatzpflanzungen nicht nur die Anzahl der Bäume, sondern auch ihre ökologische Bedeutung, d.h. die positive Wirkung des Baumbestands für das Stadtklima, erhalten bleibt. Früher konnte die Biomasse von Stadtbäumen nur grob auf Grund von auf Basis von Standardwerten abgeschätzt werden. Seit einigen Jahren ist es jedoch möglich, mit schweizweit verfügbare Laser-Scanning Daten (LiDAR) das Kronenvolumen städtischer Baumbestände zu messen und daraus die Biomasse und den darin eingelagerten Kohlenstoff mit grosser Genauigkeit abzuleiten. Mit wiederholten LiDAR-Messungen kann so über die Zeit auch die Zu- bzw. Abnahme des Kronenvolumens gemessen werden. Der Regierungsrat hat bereits in seiner Antwort auf die Motion Th. Grossenbacher vom August 2019 erwähnt, dass er beabsichtige, den ökologischen Wert des Baumbestandes basierend auf den LIDAR-Daten 2020 zu erheben.

Die Unterzeichnenden sind der Ansicht, dass dies eine notwendige Grundlage ist, um auch unter den Bedingungen des Klimawandels, den ökologischen Wert des Baumbestands im Kanton BS zu erhalten. Basierend auf den obigen Ausführungen fordern sie deshalb den Regierungsrat auf:

- Absatz 1 von § 1 des Baumschutzgesetzes wie folgt zu ergänzen: Der Baumbestand im Kanton Basel-Stadt und sein ökologischer Wert ist im Interesse der Qualität des Lebensraumes, insbesondere der Wohnlichkeit, zu erhalten und möglichst zu vermehren.
- In Zukunft den ökologischen Wert, insbesondere das klimawirksame Kronenvolumen des Baumbestands auf öffentlichem und privatem Grund alle 5-10 Jahre mittels LiDAR-Daten zu erheben und die Ergebnisse zu veröffentlichen.
- Als Zielgrösse für den Erhalt des Baumbestands in Zukunft nicht mehr nur die Anzahl Bäume, sondern zusätzlich auch deren ökologischer Wert, d.h. ihr Kronenvolumen zu verwenden. Die erstmalige Erhebung des

Kronenvolumens anhand von LiDAR-Daten ist dabei Grundlage, um Zielgrössen für das Gesamt-Kronenvolumen des Baumbestands für die verschiedenen Stadtteile zu formulieren.

- Bei Baumfällungen auf öffentlichem als auch privatem Grund darauf hinzuwirken, dass mittels Ersatzpflanzungen über die Zeit auch der ökologische Wert und damit der positive Klimaeffekt zumindest erhalten, wenn nicht verbessert wird.

Béla Bartha, Lisa Mathys, Alexandra Dill, Erich Bucher, David Wüest-Rudin, Jean-Luc Perret, Nicole Strahm-Lavanchy

Anzüge

1. Anzug betreffend temporäre Massnahmen für die Sicherheit von Velofahrenden bei Baustellen

23.5326.01

Strassen brauchen Pflege und Unterhalt. Von Zeit zu Zeit sind grössere Bauarbeiten fällig. Auch die unter den Strassen verlaufende Infrastruktur für Versorgung und Entsorgung bringt Bauarbeiten mit sich, aktuell beispielsweise der Ausbau des Fernwärmenetzes. Zudem tangieren Neu- und Umbauten von Liegenschaften häufig auch den Strassenraum und engen ihn ein. Auch der Baustellenverkehr mit meist grossen, manövrierenden Lastwagen bringt weitere Gefahren mit sich. Baustellen verlangen von allen Verkehrsteilnehmenden erhöhte Aufmerksamkeit. Häufig verändert sich die Situation während der Dauer der Baustelle, was zusätzlich zur Gefahr werden kann.

Um die Sicherheit an Baustellen für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere aber für Velofahrende, zu erhöhen, drängt sich Tempo-30 im Bereich von Baustellen direkt auf. Auf anfangs Januar 2023 hat der Bundesrat die Einführung von Tempo-30-Zonen deutlich vereinfacht und bisherige bürokratische Hürden abgebaut. Auch nach einer allfälligen Ausweitung von Tempo 30 auf das ganze Siedlungsgebiet verbleiben möglicherweise noch Strassen, auf denen ein höheres Tempo erlaubt ist und wo auch Velos zirkulieren.

Bisher unterscheiden die Behörden bei der Anordnung von temporären Massnahmen in der Regel nicht, ob die Baustelle an einer Velostrasse, einer im «Teilrichtplan Velo» festgelegten Pendler:innenroute oder an einer Basisroute liegt. So konnte beispielsweise letztes Jahr während einiger Zeit auf der Velostrasse Maulbeerstrasse infolge einer Baustelle nicht mehr gekreuzt werden. Velofahrende mussten anhalten und den Gegenverkehr abwarten. Mit der temporären Aufhebung von wenigen Parkplätzen hätte die Velostrasse in beiden Richtungen problemlos befahren werden können. Die zuständige Behörde hat eingeräumt, dass es keine Richtlinien gäbe, wie bei Baustellen an einer Velostrasse zu verfahren sei. Es drängt sich deshalb geradezu auf, dass der Regierungsrat oder das zuständige Departement Richtlinien erlässt, wie die möglichst reibungslose Durchfahrt für Velos bei Velostrassen, Pendler/innenrouten und Basisrouten auch bei Baustellen beibehalten werden kann.

Eine spezielle Problematik entsteht dadurch, dass Signale und Vorsignale von Baustellen häufig in den Lichtraum von Zufussgehenden und Velofahrenden ragen. Je nach Örtlichkeit sind die Folgen davon ärgerlich bis brandgefährlich. Die Baustellenverantwortlichen brauchen hier bessere Vorgaben.

Um die von Baustellen ausgehende Gefahr insbesondere für Velofahrende zu mindern und den Fahrkomfort aufrecht zu erhalten, bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat,

- ab sofort bis zur definitiven Umsetzung von Tempo-30 im ganzen Siedlungsgebiet neu bei Baustellen im Kanton mit Ausnahme der Autobahnen grundsätzlich maximal Tempo-30 signalisieren zu lassen und damit die Verkehrssicherheit deutlich zu erhöhen,
- für Baustellen an Velostrassen, Pendler/innenrouten oder Basisrouten gemäss Teilrichtplan Velo Richtlinien zu erlassen, wie die Durchfahrt optimiert werden kann und wie allenfalls Umfahrrouten für Velofahrende einzurichten und zu signalisieren sind.
- die nötigen Massnahmen einzuleiten, damit Baustellensignale den Fuss- und Veloverkehr nicht mehr unnötig und gefährlich behindern.

Jérôme Thiriet, Jean-Luc Perret, Tobias Christ, Beat Braun, Tonja Zürcher, Brigitte Gysin, Laurin Hoppler, Christoph Hochuli, Lisa Mathys, Raphael Fuhrer

2. Anzug betreffend Sperrung Brunngässlein, St. Alban-Graben und Elisabethenstrasse

23.5327.01

Mitte Mai kündigte die Regierung an, dass Fussgängerinnen und Fussgänger in der Aeschenvorstadt dank eines sich derzeit in Arbeit befindenden Gestaltungsprojektes mehr Raum erhalten sollen. In der gleichen Medienmitteilung kündigte die Regierung auch an, dass der Autoverkehr künftig nicht mehr durch den St. Alban-Graben und die Elisabethenstrasse in Richtung Bahnhof SBB rollen soll. Umgesetzt werden sollen die Verkehrsmassnahmen zeitnah und nicht erst dann, wenn das Gestaltungskonzept in der Aeschenvorstadt umgesetzt wird. Künftig sollen die Autos vom Kleinbasel herkommend ab Kreisel Kunstmuseum via Dufourstrasse über den Aeschensplatz fahren. Gleichzeitig

soll auch der Durchgangsverkehr zwischen Dufourstrasse und Aeschenvorstadt untersagt werden, das Brunngässli also für den motorisierten Verkehr gesperrt werden.

Der gesamte Autoverkehr aus dem Kleinbasel soll also in Zukunft über den Aeschenschplatz geführt werden. Also über den Platz, der heute schon regelmässig überlastet und verstopft ist – und deshalb für viele Menschen eine grosse Herausforderung darstellt. Zudem soll der Aeschenschplatz ja bald umfassend und während längerer Zeit saniert und komplett umgestaltet werden.

Die Unterzeichnenden befürchten, dass es während der Umgestaltung des Aeschenschplatzes zu grossen Behinderungen für alle Verkehrsteilnehmer kommen wird. Die Nutzung der bestehenden Achse vom Kleinbasel via St. Alban-Graben und der Elisabethenstrasse Richtung Bahnhof SBB würde den Aeschenschplatz während der Umbauzeit massgeblich entlasten. Mit einer baldigen Sperrung würde diese Entlastung wegfallen.

Der Regierungsrat wird deshalb ersucht, zu prüfen und zu berichten, ob mit der Sperrung des St. Alban-Graben und der Elisabethenstrasse für Autos nicht zumindest bis nach der erfolgten Umgestaltung des Aeschenschplatz zugewartet werden kann. Damit würde während den Umbau- und Sanierungsarbeiten am Aeschenschplatz eine Verbindung vom und ins Kleinbasel sichergestellt.

Daniel Seiler, Erich Bucher, Jeremy Stephenson, Philip Karger, Joël Thüring, Beat K. Schaller, Balz Herter, Beat Braun, Felix Wehrli, Michael Hug, Daniel Albietz, André Auderset, Alex Ebi, Niggi Daniel Rechsteiner, Johannes Sieber, Lorenz Amiet, Mahir Kabakci, Seyit Erdogan, Luca Urgese, Andreas Zappalà, Tim Cuénod, Christian C. Moesch, Franz-Xaver Leonhardt

3. Anzug betreffend Veloroute Aeschenschplatz – Bruderholz

23.5328.01

Mit der Umsetzung des Verkehrsversuchs auf der Münchensteinerbrücke ist die Veloroute zwischen Aeschenschplatz und Bruderholz auf diesem Abschnitt merklich sicherer und komfortabler geworden. Eine gute Veloroute muss aber auf der ganzen Strecke einen bestimmten Standard erfüllen, damit mehr Menschen auf das gesunde, stadt- und umweltfreundliche Velo gebracht werden können. Vom Aeschenschplatz her gibt es auf der offiziellen Pendelroute aufs Bruderholz noch immer diverse Problemstrecken und -stellen:

- In der St. Jakobs-Strasse bis zum Denkmal fehlen auf fast der ganzen Länge Velostreifen.
- Die Fahrt in der Thiersteinallee ist seit der Entfernung der Autoparkplätze zwar merklich besser geworden, bei der Haltestelle Heiliggeistkirche fährt man aber unvermittelt auf den Randstein der Kaphaltestelle zu und muss mühsam und potentiell gefährlich zwischen die Geleise wechseln um nicht entlang der Haltestelle mit dem vorgezogenen Randstein zu kollidieren.
- Vor der Querung der Gundeldingerstrasse ist der Velostreifen vor der neu gestalteten Haltestelle Zwinglihaus unterbrochen.
- Auf dem Gundeldingerrain müssen Velos auf dem Trottoir fahren, auf dem gleichzeitig viele Kindergärtler- und Primarschüler:innen unterwegs sind. Zudem sind mehrere Verkehrssignale auf dem Trottoir montiert, welche den Fuss- und Veloverkehr einschränken.

Wir bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie und bis wann die ganze Route durchgehend als sichere und klar als solche erkennbare Veloroute eingerichtet werden kann. Insbesondere bitten wir zu prüfen:

- An der Haltestelle Heiliggeistkirche – allenfalls auch mit raschen provisorischen, kostengünstigen Massnahmen - eine Haltestellenüberfahrt (Velozeitsinsel) einzurichten.
- Den Velostreifen vor der Haltestelle Zwinglihaus durchgehend zu markieren – nötigenfalls auch durch Verschiebung des Baumstandorts.
- Auf dem Gundeldingerrain permanent Tempo 30 und bergwärts einen durchgehenden Velostreifen einzurichten so dass die Velofahrenden, insbesondere mit schnellen E-Velos sicher auf der Strasse fahren können.

Franz-Xaver Leonhardt, Christian von Wartburg, Brigitte Kühne, Bruno Lötscher, Christoph Hochuli, Raffaella Hanauer

4. Anzug betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof

23.5329.01

Der Ausbau auf den trinationalen S-Bahnstrecken rund um Basel wird vorangetrieben und optimiert. Auch auf der Linie der S6, wo ein Viertelstundentakt angeboten werden soll, sind die Planungen ja bekanntlich am Laufen.

Man strebt auf allen Strecken eine gute und schnelle Verbindung an, jetzt und erst recht in Zukunft. Beim Halt der S6 im Bad. Bahnhof steht der Zug unverständlicherweise bis ca. 8 Min, bevor er weiterfährt. Da das gewünschte Herzstück noch in weiter Ferne liegt, ist es aus Sicht der Pendler wünschenswert, wenn die Haltezeit bald möglichst verkürzt werden kann. Ganz im Sinne eines attraktiven öffentlichen Verkehrs.

Die Unterzeichneten bittet den Regierungsrat zu berichten und prüfen:

- Aus welchen Gründen entstehen die langen Wartezeiten?
- Kann die Zeit auf eine normales Mass gekürzt werden?

- Auf wann können die Anpassungen gemacht werden?

Daniel Hettich, Nicole Strahm-Lavanchy, Andreas Zappalà, Adrian Iselin, Thomas Widmer-Huber, Felix Wehrli, Olivier Battaglia, Sasha Mazzotti, Daniela Stumpf, Sandra Bothe, Stefan Suter, Edibe Gölge

5. Anzug betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie

23.5339.01

Im Milizsystem steht die politische Tätigkeit gezwungenermassen in Konkurrenz zu anderen Tätigkeiten und Verantwortungen wie Beruf, Vereinsleben, Bildung oder Betreuungsaufgaben. Manche dieser Tätigkeiten sind mehr oder weniger stark an einzelne Personen gebunden als andere. Während die Leitung einer Teamsitzung im Büro möglicherweise eher von einer anderen Person übernommen werden kann, ist beispielsweise die Aufgabe, einen Säugling ins Bett zu bringen, schwieriger einer anderen Person zu übertragen. Gar nicht zu übertragen ist das Recht, im Grossen Rat an Abstimmungen teilzunehmen.

Manchen Erzählungen zufolge gab es früher weniger Nachtsitzungen als heute. Die Effizienz der Ratsarbeit ist immer wieder ein politisches Thema. Fakt ist, dass Nachtsitzungen insbesondere Personen mit Betreuungspflichten zuhause vor grössere Herausforderungen stellen, wie wenn die Sitzungen tagsüber stattfinden, wenn Kitas und andere Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Für Alleinerziehende ist dadurch eine politische Tätigkeit besonders erschwert. Meist muss aber auch in anderen Konstellationen auf familiäre Unterstützung oder professionelles Babysitting ausgewichen werden, was wiederum Aufwand und Mehrkosten mit sich bringen kann. Schwierig daran ist insbesondere die oft sehr kurzfristige Absage, welche die Planbarkeit erschwert. Aktuell wird grundsätzlich in jeder Session eine Nachtsitzung provisorisch angesagt, die dann kurzfristig wieder abgesagt wird. Manchmal mit einer Woche Vorlauf, manchmal aber auch erst am Tag selbst, vereinzelt gar erst um 17 Uhr, wenn das Plenum in einer Abstimmung darüber entscheidet. Für diese Eventualität muss jedes Mal vorgesorgt werden und eine extern organisierte Betreuung kann auch nicht derart kurzfristig wieder abgesagt werden.

Hilfreich wäre, wenn die Nachtsitzungen bereits mit der Sessionseinladung definitiv festgesetzt und insgesamt zurückhaltender angesagt werden würden. Auch wenn dies dazu führen kann, dass möglicherweise die Traktandenliste nicht abgearbeitet werden kann, könnte für die kommende Session bereits frühzeitig festgelegt werden, dass eine Nacht-sitzung definitiv stattfindet, was die Planbarkeit für alle Ratsmitglieder verbessern würde. Es könnte auch nur jede zweite Session eine Nachtsitzung eventualiter angesetzt werden.

Eine weitere Möglichkeit wäre, zusätzliche Sitzungsstunden tagsüber einzuplanen. Hier gäbe es verschiedene Lösungsansätze, die nur beispielhaft erwähnt sein sollen. So könnte man etwa die regulären Sitzungen verlängern (bspw. Beginn um 8 Uhr und/oder Beginn um 14 Uhr), wie dies bereits 2020 gemacht wurde. Man könnte auch prüfen, ob etwa am zweiten Sessions-tag eine zusätzliche Sitzung bei Bedarf über Mittag sinnvoll wäre, was allerdings Auswirkungen auf die Tätigkeit in den Kommissionen hätte, die sich zu dieser Zeit beraten. Ferner wäre es auch denkbar, dass ein paar Mal im Jahr ein zusätzlicher Sessionstag ein-geplant wird, der nur bei Bedarf stattfindet, wie dies bereits im Januar 2022 wie auch Januar 2023 gemacht wird.

Möglichkeiten und Lösungsansätze wären viele weitere denkbar, die Anzugsstellenden wollen sich mit diesem Vorstoss nicht für eine bestimmte Variante aussprechen, sondern das Ziel vorgeben, dass die Anzahl Nachtsitzungen allgemein reduziert und die Planbarkeit von zusätzlichen Sitzungen verbessert werden soll. Konkrete Vorschläge sollen in einem nächsten Schritt ausgearbeitet und diskutiert werden.

Vor diesem Hintergrund wird das Ratsbüro gebeten, zu prüfen und zu berichten,

1. wie die Anzahl Nachtsitzungen im Allgemeinen reduziert werden kann;
2. ob eventuelle Nachtsitzungen nur noch in jeder zweiten Session angesagt werden können;
3. ob die Absage von Nachtsitzungen jeweils mit der Sessionseinladung definitiv oder mindestens eine Woche im Voraus erfolgen kann;
4. ob es sinnvoll wäre, ein anderes Zeitfenster tagsüber für zusätzliche Sitzung einzuplanen und falls ja, welche Lösungen hier zielführend und umsetzbar wären;
5. ob es andere Lösungsansätze gibt, die dem Ziel Rechnung tragen würden.

Daniel Sägesser, Michael Hug, Oliver Thommen, Franz-Xaver Leonhardt, Stefan Wittlin, Christian C. Moesch, Beat Braun, Christoph Hochuli, Tobias Christ, Lorenz Amiet

6. Anzug betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen"

23.5340.01

Der Ukraine-Krieg hat die angespannte Lage auf den Energiemärkten nochmals akzentuiert, weshalb einige Staaten die Produktion und Anwendung von (grünem) Wasserstoff forcieren. Ein Durchbruch dieses Energieträgers und seiner Derivate (z. B. grünes Methanol oder grüner Ammoniak) für den massenhaften Einsatz, insbesondere dort, wo eine Elektrifizierung wirtschaftlich oder technisch nicht umsetzbar ist, wird somit immer wahrscheinlicher.

Für die Schweiz und die Region Basel ist es daher von grösster Bedeutung, hier den Anschluss nicht zu verlieren. Einige unternehmerische Initiativen existieren bereits oder formieren sich derzeit, auch in der Region Basel. Die trinationale Wasserstoff-Initiative 3H2 bündelt diese Anstrengungen zu einem Ökosystem und setzt sich überdies für

die rasche Integration der Oberrheinregion in den European Hydrogen Backbone (EHB), eine europaweite Pipelineinfrastruktur für Wasserstoff mit einer Gesamtlänge von rund 53'000 km, ein. Dieses Übertragungsnetz soll neben anderen Transportwegen wie etwa dem Rhein die Versorgung mit Wasserstoff sicherstellen, sodass dieser bis zu 20 Prozent des Energieeinsatzes in der EU bis 2050 decken kann.

Während die benachbarten Länder und Gebietskörperschaften auf politischer Ebene bereits eigene Strategien betreffend Wasserstoff entwickelt haben oder diese gerade entwickeln, ist dies in der Region Basel nicht der Fall. Auch auf Bundesebene ist man bei diesem wichtigen Zukunftsthema in Verzug. Die vom Stände- und Nationalrat angenommene Motion 20.4406 «Grüne Wasserstoffstrategie für die Schweiz» verlangt eine nationale Strategie für nachhaltigen, grünen Wasserstoff, wobei ein Schwerpunkt auf der Importstrategie für grünen Wasserstoff liegen soll.

Die Region Basel wird aufgrund ihrer Lage als Tor der Schweiz nach Europa und der geplanten Infrastruktur eine Schlüsselrolle beim Import von grünem Wasserstoff spielen – sei dies per Pipeline, per Schiff oder weiteren Transportwegen. Dies stellt für die Logistikregion Basel insbesondere aus standortpolitischer Sicht eine grosse Chance dar. Um diese zu ergreifen, muss der Kanton Basel-Stadt in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Nachbarkantonen eine mit der Strategie des Bundes kongruente Strategie Wasserstoff und seiner Derivate ausarbeiten. Der Kanton soll die Rahmenbedingungen möglichst attraktiv ausgestalten, sodass sich ein Ökosystem aus Unternehmen bestmöglich entwickeln kann.

Konkret wird der Regierungsrat dazu aufgefordert, zusammen mit den Nachbarkantonen, dem Bund sowie allenfalls grenzüberschreitenden Gebietskörperschaften eine die Arbeiten des Bundes unterstützende und mit diesen kongruente regionale Wasserstoffstrategie auszuarbeiten. Neben der Identifikation möglicher Standorte für Anlagen zur Produktion und Lagerung sowie Anlagen für die Logistik von Wasserstoff soll insbesondere eine Kuratierung der hierfür benötigten Perimeter und Flächen vorgenommen werden. Dies, da Wasserstoff und einige seiner Derivate störfallrelevant sind und daher potenziell weiterreichenden Einschränkungen unterliegen als andere Nutzungen in Industriegebieten. Zudem sollen weitere relevante Rahmenbedingungen derart angepasst werden, dass die Wasserstoffwirtschaft möglichst begünstigt wird. Somit soll der Kanton Basel-Stadt im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten einen Beitrag an den Anschluss der Schweiz an die geplante europäische Infrastruktur sicherstellen.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wurde vom Landrat des Kantons Basel-Landschaft bereits überwiesen.

Daniel Albietz, Christoph Hochuli, Franz-Xaver Leonhardt, Andrea Elisabeth Knellwolf, Bruno Löttscher-Steiger, Michela Seggiani, Béla Bartha, Pasqualine Gallacchi, Andrea Strahm, Balz Herter, Brigitte Gysin, Thomas Widmer-Huber, Luca Urgese, Lorenz Amiet, Felix Wehrli, Nicola Goepfert, David Wüest-Rudin, Michael Hug, Daniel Seiler, Johannes Sieber, Erich Bucher

7. Anzug betreffend "E-Fuel als CO₂-neutrale Ergänzung zur Elektromobilität"

23.5341.01

Der Kanton Basel-Stadt setzt im Rahmen seiner Bemühungen zur Dekarbonisierung im Strassenverkehr derzeit ganz auf die Technologie BEV (Battery Electric Vehicle). Zweifelsohne sind batteriebetriebene Elektrofahrzeuge die derzeit technologisch reifste Option, um Fahrzeuge CO₂-neutral zu betreiben.

Nicht nur in der Debatte um die Beschaffung von eTransportern für die Berufsfeuerwehr Basel-Stadt im Frühjahr 2022 wurde von verschiedener Seite die Frage aufgeworfen, ob für gewisse Anwendungen andere CO₂-freie Antriebstechnologien als der batterieelektrischen sinnvoll sein könnten und vielleicht sogar ökologische und wirtschaftliche Vorteile haben könnten. Für eine erfolgreiche Dekarbonisierung ist es wichtig, dass auch neue Technologien entwickelt und erprobt werden.

Dabei zeichnet sich ab, dass E-Fuels für gewisse Anwendungen schon bald eine echte Alternative zum Batterieelektrischen Antrieb sein könnten. Unter E-Fuels werden synthetische Kraftstoffe verstanden, welche aus der Umgebungsluft entnommenem CO₂ und Wasser produziert werden, wobei Energie in Form von Elektrizität oder Sonnenlicht verwendet wird. Dank hoher Energiedichte kann gegenüber heutigen Batterien deutlich Gewicht und Platz gespart werden, weshalb insbesondere auch für den Luftverkehr oder auch die Schifffahrt E-Fuels eine interessante Lösung für die Dekarbonisierung sein könnten. Bisher grösster Nachteil von E-Fuels war der grosse Stromverbrauch bei der Produktion. Es gibt deshalb Bemühungen in Forschung und Entwicklung über die direkte Verwendung von Sonnenlicht den Umweg über die Produktion von Elektrizität und Wasserstoff zu umgehen.

Beispielsweise konnte sich das Schweizer Unternehmen Synhelion (<https://synhelion.com>) mit einer entsprechenden innovativen Technologie am Weltmarkt positionieren. Diese vielversprechende Technologie beginnt Unternehmensangaben zufolge gerade durch Skalierung marktfähig zu werden. Basel-Stadt könnte sich mit dem Einbezug dieser neuen Technologie als "Early Adopter" auszeichnen.

Ferner hat die IWB angekündigt, im Rahmen des Joint Venture greenH2 AG zusammen mit Fritz Meyer AG in Birsfelden eine Produktionsanlage für Wasserstoff zu erstellen. Zudem soll durch die Schaffung des "H₂-Hub Schweiz" die Region Basel an das sich im Aufbau befindende europäische Wasserstoffleitungsnetz angeschlossen werden. Dadurch könnte für die Region Basel auch der Aufbau einer konventionellen E-Fuels-Produktionsanlage (via Wasserstoff) in Frage kommen.

Deshalb bitten die unterzeichneten Anzugssteller den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- ob - und falls ja, wie - das Gesamtkonzept Elektromobilität um E-Fuels zielführend ergänzt und flexibilisiert werden kann;

- ob in gewissen Fällen auch für Fahrzeuge der Verwaltung und/oder der ausgelagerten Betriebe ausschliesslich mit E-Fuels betriebene Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren in der Gesamtbilanz die ökologisch, wirtschaftlich und betrieblich sinnvollste Lösung sind;
- welches Potential er im Bereich der Luftfahrt für E-Fuels sieht und wie der Kanton die Erschliessung dieses Potentials unterstützen und vorantreiben kann und will;
- welches Potential er im Bereich der Fracht- und Personenschifffahrt auf dem Rhein für E-Fuels sieht und wie der Kanton die Erschliessung dieses Potentials unterstützen und vorantreiben kann und will;
- welche weiteren Anwendungen sinnvollerweise mit Hilfe von E-Fuels dekarbonisiert werden könnten;
- ob z. B. durch Einbezug der IWB der Kanton Basel-Stadt über eine Pilotanlage E-Fuel für den Eigenbedarf herstellen und dadurch technologisch fördern kann.

Lorenz Amiet, Daniel Sägesser

8. Anzug betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige

23.5342.01

Menschen mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen sowie Behinderungen haben zwangsläufig und unfreiwillig juristischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf, sei dies auf Grund eines möglichen sozialversicherungsrechtlichen Anspruchs oder aber auf Grund des Lebensbedarfs wie Bildung Arbeit und Wohnen.

Sozialversicherungsrechtliche Ansprüche sind bundesrechtlich geregelt, ein entsprechendes Beratungsangebot in Basel-Stadt wird durch den Bund in bescheidenem Rahmen und lediglich rund zur Hälfte finanziert. Zudem sind diese Beiträge seit über 10 Jahren gedeckelt, im Gegenzug steigt der Bedarf an juristischer Beratung, da der Zugang zu Leistungen der Invalidenversicherungen in den vergangenen 15 Jahren erschwert wurde. Dies trifft nicht IV-berechtigte Personen insbesondere Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung, die daher Existenzbeiträge trotz ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung durch die kantonale Sozialhilfe erhalten. Die Situation hat sich durch die Pandemiejahre zudem akzentuiert. Die Nachfrage an unentgeltlicher und vorgerichtlicher juristischer Beratung übersteigt das Angebot klar.

Probleme und damit verbundene und juristische Fragestellungen ergeben sich für behinderte Personen aber auch im praktischen Lebensalltag bezüglich Bildung Arbeit und Wohnen. Dieses Beratungs- und Unterstützungsangebot wurde vor 2008 durch den Bund finanziert, seit dem NFA (Neuer Finanzausgleich Bund/Kantone) sind die Kantone für diese Leistungsbereiche zuständig. Der Kanton hat die Leistungen übernommen, nicht aber die unentgeltliche Rechtspflege in den Bereichen. Der Bedarf an Beratung und Unterstützung zeigt sich vor allem bei kognitiver und psychischer Beeinträchtigung sowie im Bereich des Autismus-Spektrums (ASS). In der juristischen Beratung und Unterstützung von Betroffenen (auch von Angehörigen) besteht daher eine offensichtliche Angebotslücke.

Unentgeltliche Rechtsberatung zur rechten Zeit hat eine deeskalierende und unter dem Strich auch für den Kanton kostenmindernde Wirkung. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn für die Fragestellungen qualifizierte Anwält:innen und Jurist:innen zur Verfügung stehen. Bislang finanziert der Kanton Basel-Stadt in beiden Aspekten keine niederschwellige, vorgerichtliche Rechtsberatung.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten,

1. ob er den Nachfrageüberhang, bzw. die Finanzierungs- /Leistungs-lücke bezüglich unentgeltlicher und vorgerichtlicher juristischer Beratung bestätigen kann und inwieweit diese unentgeltliche und vorgerichtliche Rechtsberatung Existenzkosten und Gerichtslast reduziert.
2. ob er den Bedarf an unentgeltlicher und vorgerichtlicher juristischer Beratung im Rahmen der Behindertenhilfe anerkennt und inwieweit diese unentgeltliche und vorgerichtliche Rechtsberatung die Gerichtslast reduzieren kann.
3. ob er die Notwendigkeit sieht, bzw. die Bereitschaft hat, solche Rechtsberatungs- und Vertretungsangebote zu finanzieren.

Beda Baumgartner, Melanie Eberhard, Bruno Lötscher-Steiger, Brigitte Gysin, Oliver Bolliger, Daniela Stumpf, Niggi Daniel Rechsteiner

9. Anzug betreffend eine bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen

23.5343.01

Die beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt koordinieren auf der Basis einer bikantonalen Vereinbarung seit 2016 die Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen in den beiden Kantonen. Seit der Einführung des «Anbietermodells» 2013 wurden die verschiedenen Stellschrauben wie Fahrtenkontingente oder Selbstbehalte der Fahrgäste so gesteuert, dass die budgetierten kantonalen Finanzen ausreichen.

Mit der Öffnung des ursprünglichen «Behindertentransport» in ein Angebot von Fahrdiensten für subventionierten Fahrten mobilitätseingeschränkter Personen wurde die Bezugsgruppe korrekterweise für betagte Personen geöffnet, was aber zur Folge hatte, dass die Anzahl der bezugsberechtigten Personen in beiden Kantonen in den letzten

Jahren markant angestiegen ist. Ebenfalls haben sich für die anbietenden Fahrdienste die Rahmenbedingungen für angemessene, faire Arbeitsbedingungen seither geändert.

Weiter hat der Kanton Basel-Landschaft mit dem im Januar 2023 beschlossenen neuen Gesetz über Fahrdienste für mobilitätseingeschränkte Personen beschlossen, dass die Finanzierung der Fahrten möglichst «ÖV-nah» ausgestaltet sein soll und hat dafür auch ein entsprechendes Budget bereitgestellt.

Diese beiden Tatsachen führen zum Umstand, dass die seitens Basel-Stadt budgetierten finanziellen Mittel nicht mehr ausreichen, beziehungsweise nicht koordiniert sind mit BL und den stark gestiegenen Bedarf der bezugsberechtigten Personen nicht mehr zu decken vermögen.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie und in welcher Höhe eine aktuelle, bedarfsgerechte Finanzierung der subventionierten Fahrten für mobilitätseingeschränkte Personen ermöglicht werden kann.

Georg Mattmüller, Amina Trevisan, Daniela Stumpf, Oliver Bolliger, Melanie Nussbaumer, Christoph Hochuli, Nicole Strahm-Lavanchy

10. Anzug betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort

23.5344.01

Im Kontext von Diskussionen rund um den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt (u.a. auch die OECD-Steuerreform) wird häufig über die Möglichkeit von Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Pharmaindustrie gesprochen. Dabei geht allerdings vielfach unter, dass Forschung und Entwicklung meist auf Felder ausgerichtet ist, die viel Gewinn und Umsatz versprechen. Gleichzeitig existieren diverse vernachlässigte Forschungsgebiete: die Antibiotikaforschung und der Umgang mit Resistenzen, die Forschung zur Bekämpfung und Vorbeugung von Demenz und zu seltenen Tropenkrankheiten (NTDs) oder allgemein seltenen Krankheiten. Auch Forschungsarbeiten im Bereich der geschlechtsspezifischen Medizin sind erst im Anfangsstadium begriffen. Diese Liste ist dabei nicht als abschliessend zu betrachten.

Auch bei der Produktion in der Pharmaindustrie wird in erster Linie nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen geschaut: Die Versorgungssicherheit mit Medikamenten (bspw. Generika) durch die anwesende lokale Industrie ist nicht gewährleistet bzw. in der Ablösung begriffen (bspw. Verkauf von Sandoz).

Im Kontext von möglichen Förderungen von Forschung und Entwicklung ist es wichtig, diese auch am Interesse der Allgemeinheit auszurichten. Dabei sollen auch soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden und, wo möglich, auf Tierversuche verzichtet werden. So könnte eine Situation entstehen, die sowohl für die Industrie wie auch die Bevölkerung einen zusätzlichen Nutzen bieten kann.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat darum, zu prüfen und zu berichten, wie

- die Forschung im Bereich der Antibiotika und Resistenzen sowie von seltenen (Tropen)krankheiten durch den Kanton Basel-Stadt gefördert werden kann?
- wie universitäre Grundlagenforschung in im Anfangsstadium begriffenen Themenbereichen, wie der geschlechtsspezifischen Medizin, gefördert werden kann?
- für die oben genannten Massnahmen zu Forschung und Entwicklung ein geeignetes finanzielles Gefäss eingerichtet werden kann?
- wie die Verteilung möglicher Mittel an Kriterien der Nachhaltigkeit und des öffentlichen Interesses geknüpft werden kann?
- eine Beteiligung der öffentlichen Hand an möglichen Gewinnen, welche durch erfolgreiche Forschungsprojekte erwirtschaftet wurden, sichergestellt werden kann?

Beda Baumgartner, Melanie Nussbaumer, Christoph Hochuli, Jérôme Thiriet, Olivier Battaglia, Oliver Bolliger, Thomas Gander, Christine Keller, Pascal Pfister, Fleur Weibel, Thomas Widmer-Huber, Nicole Amacher, Lisa Mathys, Leoni Bolz

11. Anzug für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen

23.5345.01

Durch die Einführung der OECD-Mindeststeuer werden in Basel-Stadt zusätzliche Einnahmen durch Unternehmenssteuern generiert werden. Mit der Mindeststeuer will die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Steuerwettbewerb eingrenzen. Die Gewinne werden jedoch auch mit der Reform nicht dort versteuert werden, wo sie erarbeitet wurden. Die anstehende Einführung führt potenziell, solange es keinen internationalen Finanzausgleich gibt, zu grossen Mehreinnahmen für unseren Kanton.

Basel-Stadt ist jedoch Teil eines internationalen Systems. Hier ansässige Konzerne haben Niederlassungen in Ländern auf der ganzen Welt und generieren dort Wertschöpfung. Diese Länder sind mit uns nicht nur wirtschaftlich verbunden, auch der Klimawandel betrifft uns alle. Basel-Stadt als wohlhabender Kanton ist in der Lage, einen Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen, in Zusammenarbeit mit hier ansässigen Firmen für Klimamassnahmen in diesen Ländern zu verwenden. Unser Kanton profitiert von der Wertschöpfung in anderen Ländern und sollte deshalb auch

etwas dazu beitragen, dass diese trotz der Klimafolgen weiterhin erbracht wird bzw. damit diese Klimafolgen nicht noch schlimmer werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie in Zusammenarbeit mit hiesigen Unternehmen ein Programm für Investitionen zum Klimaschutz gestaltet werden könnte und welche Standorte dieser Unternehmen dabei berücksichtigt werden können.

Pascal Pfister, Melanie Eberhard, Jean-Luc Perret, Christoph Hochuli, Raphael Fuhrer, Nicole Amacher

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Monitoring von und Umgang mit Long Covid

23.5364.01

Als Long Covid (oder Post-Covid-Syndrom, Post-Covid-Erkrankung) werden gemäss WHO Symptome bezeichnet, die nach einer bestätigten oder vermuteten Covid-Infektion mehr als 3 Monate andauern und nicht anderweitig erklärbar sind. Die Corona-Pandemie ist fast schon wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Dennoch ist es von Interesse, welche Ergebnisse das Monitoring von Long Covid in unserem Kanton zum Vorschein gebracht hat und wie in unserem Kanton mit den Betroffenen von Long Covid umgegangen wird. Der Unterzeichnende stellt dem Regierungsrat deshalb folgende Fragen.

1. Wie ist die Versorgungs-Situation von Long Covid-Betroffenen in Basel-Stadt? Was sind die Behandlungsmöglichkeiten?
2. Was ist der Erfolg der Versorgungsangebote? Wie viele Personen haben sich durch Behandlung oder Reha von Long Covid erholt?
3. Wie viele Personen sind in Basel-Stadt betroffen? Wie viele davon sind im Gesundheitswesen beschäftigt oder Lehrkräfte?
4. Wie viele sind bereits seit über 12 Monaten, über zwei Jahre und über drei Jahre krank?
5. Was sind die Prognosen für Betroffene?
6. Wie viele der Long Covid-Betroffenen erfüllen Kriterien für ME/CFS (die schwerste Form von LC, unheilbar und stark einschränkend mit Heilungschance unter 10%)?
7. Wie viele sind nicht arbeitsfähig? Wie viele haben ihren Job verloren? Wie viele sind jetzt beim RAV, Sozialamt? Wie viele erhalten Taggelder, wie viele Unfallversicherung?
8. Wie viele Kinder sind betroffen? Wie viele Kinder können nicht zur Schule gehen? Wie ist die Situation für Kinder unter 14 Jahre bei der IV?
9. Welche interdisziplinären Unterstützungsangebote gibt es (Spitex, HA, Spezialkliniken, Therapeuten, APNs)?
10. Wie viele klinische Studien werden durchgeführt? Welche diagnostischen Methoden gibt es?

Pascal Pfister

2. Schriftliche Anfrage betreffend Lehre in überbetrieblichem Verbund

23.5365.01

Der Verband der Lebensmitteldetaillisten (VELEDES) ist für die Lernenden im Bereich Detailhandel der Branche Nahrungs- und Genussmittel verantwortlich. Lernende werden in Bäckereien und Metzgereien ausgebildet. Andere Lebensmittelfachgeschäfte hingegen können keine Lernenden ausbilden. In Basel-Stadt gibt es Gewerbetreibende aus dem spezialisierten Lebensmittelhandel, die dazu bereit wären. Dies ist ihnen aber nicht möglich mit der Begründung, dass die Ausbildung den Einblick in verschiedene Bereiche des Lebensmittelhandels bedinge. Für solche Betriebe bräuchte es deshalb unter Umständen einen Verbund, damit die Lernenden ihre Lehrzeit in verschiedenen Betrieben verbringen können.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Gibt es die Möglichkeit einer betriebsübergreifenden Lehre in einem Verbund von Ausbildungsbetrieben?
2. Waren solche Verbünde in Basel-Stadt ein Thema?
3. Welche gesetzlichen Grundlagen müssten geändert werden, um solche Verbünde möglich zu machen?

Pascal Pfister

3. Schriftliche Anfrage betreffend Beleghebammen als Erfolgsmodell, aber wer bezahlt die Rechnung?

23.5366.01

Die Arbeit als Beleghebamme ist sehr vielfältig. Sie umfasst den ganzen Betreuungsbogen von Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett- und Stillzeit. Die interprofessionelle Zusammenarbeit mit Fachärzt*innen der Gynäkologie, Anästhesie, Neonatologie, Pädiatrie, Psychiatrie, Hämatologen und z. T. auch der inneren Medizin hat sich sehr bewährt. Die werdenden Eltern werden in physiologischen und komplexen geburtshilflichen Situationen betreut und begleitet. Beleghebamme sein heisst, in Beziehung sein mit werdenden Eltern, in Abrufbereitschaft sein bei Problemen in der Schwangerschaft, für die Geburt und für die ganze Wochenbettzeit (bis zum 56. Tag nach der Geburt, ggf. darüber hinaus) und dies rund um die Uhr, sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr. Mit dem Angebot verpflichtet sich eine Beleghebamme, diese Dienstleistungen anzubieten und für die Zeit abrufbereit zu sein. Eine Beleghebamme ist eine Hebamme, die werdende Eltern während der Schwangerschaft, während der Geburt im Spital und danach im Wochenbett zu Hause betreut. Somit steht den werdenden Eltern eine vertraute Hebamme in allen Phasen rund um die Geburt zur Seite. Die Beleghebamme betreut die Gebärenden in der Gebärabteilung eines Spitals individuell und 1:1. Frauen sind mit einer kontinuierlichen Betreuung durch Hebammen zufriedener (Sandall, Soltani, Gates, Shennan, & Devane, 2016). Damit dies möglich ist, schliessen Beleghebammen mit Spitälern Verträge ab. Die Verträge umfassen Schwangerschaftsbetreuung, Geburt und Wochenbett sowie die Pikettenschädigungen. Teilweise müssen Kosten von den Eltern selber übernommen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Spitäler im Kanton Basel-Stadt haben Stand heute Verträge mit Beleghebammen abgeschlossen?
2. Wie hoch sind die Entschädigungen der Beleghebammen in den verschiedenen Spitälern für Schwangerschaftsbetreuung, Geburt und Wochenbett?
3. Wie sind die «Überstunden» bei längeren Geburten organisiert und finanziert in den verschiedenen Spitälern?
4. Wie hoch sind die Pikettenschädigungen bei jedem Spital?
5. Welchen Handlungsbedarf sieht der Regierungsrat bei den Arbeitsbedingungen der Beleghebammen?
6. Wie hoch ist der Betrag, den die werdenden Eltern selber bezahlen müssen pro Spital?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Kosten für Eltern zu senken?

Barbara Heer

4. Schriftliche Anfrage betreffend Verhalten des Fachausschusses Literatur bei der Behandlung des Fördergeld-Gesuches eines Schriftstellers

23.5367.01

Einem Bericht der Basler Zeitung ist zu entnehmen, dass der weit über die Landesgrenzen bekannte und mehrfach ausgezeichnete Basler Schriftsteller Alain Claude Sulzer sein Fördergesuch an den Fachausschuss Literatur beider Basel zurückgezogen hat, nachdem er von diesem Gremium aufgefordert worden war zu erklären, was seine Überlegungen beim Gebrauch der Bezeichnung «Zigeuner» in seinem neuen Buch seien.

Dieses Verhalten eines Gremiums, welches darüber entscheidet, wer finanziell unterstützt werden kann und wer nicht, wirft Fragen auf:

Im Zentrum steht die künstlerische Freiheit, welche in Art. 21 der Bundesverfassung gewährleistet ist. Darf der Staat Einfluss nehmen auf die Gestaltungsfreiheit einer Künstlerin oder eines Künstlers? Bezogen auf diesen Fall: Darf die Verwendung dieses Wortes, welches früher üblich war und meist auch ohne jegliche Diskriminierungsabsicht gebraucht wurde, Anlass sein, Nachfragen anzustellen, denen die Vermutung diskriminierender Äusserungen zugrunde liegt? Hätten die Verantwortlichen dieses Gremium sich nicht vertieft einerseits mit dem hervorragenden bisherigen Werk und der Persönlichkeit von Alain Claude Sulzer beschäftigen müssen und somit zur Einsicht gelangen können, dass er ganz gewiss nie Diskriminierungsabsicht hatte und hat und andererseits die Ausführungen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zu «Kunst und Wissenschaft» beachten müssen? Darf der Fachausschuss in dieser Weise Grund zur Annahme bieten, man habe Zensur-Absicht?

Durch dieses Vorgehen des Fachausschusses wurde in Kauf genommen, dass das Ansehen des Schriftstellers und Trägers des Basler Kulturpreises sowie weiterer bedeutender Auszeichnungen beschädigt wird.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Anerkennt der Regierungsrat die künstlerische Freiheit als Grundrecht?
2. Muss auch der Fachausschuss Literatur die künstlerische Freiheit respektieren?
3. Kennt der Fachausschuss die Ausführungen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zu «Kunst und Wissenschaft»?
4. Erachtet der Regierungsrat das Vorgehen des Fachausschusses Literatur im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Gesuches von Alain Claude Sulzer als gerechtfertigt und angemessen?
5. Anerkennt der Regierungsrat die Gefahr einer rufschädigenden Beschuldigung, diskriminierende Äusserungen zu verwenden, durch dieses Vorgehen des Fachausschusses?

6. Ist der Regierungsrat der Ansicht, mit dem Rückzug des Gesuches durch den Schriftsteller sei diese Angelegenheit abgeschlossen?
7. Besteht Bereitschaft, die Angelegenheit einvernehmlich zu bereinigen und – falls erwünscht – bei Erfüllung der Förderkriterien – nachträglich einen Förderbeitrag zu sprechen?

Michael Hug

5. Schriftliche Anfrage betreffend Auswirkungen der kantonalen Kulturförderung auf die Kunstfreiheit und das Kulturschaffen

23.5369.01

Die Rückfrage auf ein Gesuch um Unterstützung bei der Finanzierung eines Buches (Roman «Genienovelle» von Alain Claude Sulzer) hat schweizweit und über die Schweiz hinaus (FAZ, SZ, DLF) mediales Echo gefunden¹. Der Autor wurde aufgefordert sich zu erklären, mit welcher Absicht er in seinem Roman das Wort «Zigeuner» verwende. Das Wort wird von Duden mit «hat diskriminierende Bedeutung(en)» klassifiziert. Gemäss Medienberichten² waren die Kulturbeauftragten beider Basel der Ansicht, dass es im betreffenden Fall eine Ergänzung und eine Kontextualisierung brauche.

Anders sieht das der Autor. Er versteht die Aufforderung zur Erklärung der Verwendung einzelner Wörter in der Erzählstimme des Protagonisten seiner Geschichte als Einschüchterungsversuch und befürchtet negative Folgen für die Kunstfreiheit im Allgemeinen und für die Literatur im Speziellen. SRF-Literaturclub-Moderatorin Nicola Steiner spricht von einer Zumutung, dass der Autor sowas erklären muss. Mindestens ein Mitglied der involvierten Fachjury ist nach publik werden des Vorfalls ausgetreten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Kunstfreiheit in Basel-Stadt garantiert? (Art. 21 der Bundesverfassung)
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass es Gründe gibt, die Kunstfreiheit einzuschränken? Falls ja, welche sind das?
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Autors, dass im oben beschriebenen Vorgehen ein Zensor (Abteilung Kultur) tätig wurde und es sich um Zensur handelt?
4. Anerkennt der Regierungsrat, dass sich solche Aufforderungen zur Erklärung zumindest in einem Graubereich der Zensur bewegen? In dem Sinne, dass die Aufforderungen bei Autor:innen eine selbstzensurierende Wirkung auf ihr Kunstschaffen haben können? Stichwort: Schere im Kopf?
5. Was erwartet der Regierungsrat von solchen Abklärungen? Aus welchem Grund und mit welchem Ziel werden sie vorgenommen? Soll den Kunstschaffenden eine Selbstreflexion nahegelegt werden? Falls ja, mit welchem Ziel und hält der Regierungsrat das für angebracht?
6. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass Literatur frei von Wörtern sein soll, die Duden mit «hat diskriminierende Bedeutung(en)» klassifiziert? Gibt es andere Wörter, die in der Literatur nicht verwendet werden dürfen? Falls ja: welche und warum?
7. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass es möglich oder zumindest erstrebenswert sei, beispielsweise einen literarischen Dialog von zwei Nationalsozialisten im zweiten Weltkrieg ohne Wörter zu verfassen, die Duden mit «hat diskriminierende Bedeutung(en)» klassifiziert?
8. Verfolgt der Regierungsrat mit der Kulturförderung gesellschaftspolitische Ziele, die sich steuernd oder einschränkend auf die Kunstfreiheit auswirken? Falls ja, welche sind das? Wie wird gesteuert?
9. Welche Rolle spielt das Geschlecht von Kunstschaffenden bei Fördergesuchen? Werden Werke anonymisiert beurteilt? Also ohne Kenntnisse zur kunstschaffenden Person, so wie das aus anonymisierten Bewerbungsverfahren auf ausgeschriebene Arbeitsstellen bekannt ist? Falls nein warum nicht?
10. Sind andere nichtveränderbare Persönlichkeitsmerkmale von Kunst- und Kulturschaffenden relevant für die Beurteilung ihrer Gesuche? Falls ja, welche?
11. Basierend auf welchen Angaben finden diese Merkmale Relevanz beim Entscheiden? Sind die Persönlichkeitsmerkmale bei Gesuchen durch die Kunstschaffenden zu deklarieren (Selbstdeklaration) oder werden sie angenommen (Zuschreibung)?
12. Welches ist die entscheidende Instanz bei Fördergesuchen. Ist es die Fachjury oder ist Abteilung Kultur? Welche Gründe führen zu einem Entscheid, der sich von der Beurteilung durch die Fachjury unterscheidet?
13. In welchem Ausmass, also in welchem prozentualen Anteil werden Fördergesuche im Bereich Kultur juristisch abgeklärt? In welchen Kultursparten gibt es eine Häufung von juristischen Gutachten zu Gesuchen und warum? Welchen Einfluss haben juristische Gutachten auf den Förderentscheid? Wie hoch waren die Kosten für juristische Gutachten im Jahr 2022?

¹ <https://www.nzz.ch/feuilleton/so-etwas-wie-zensur-alain-claude-sulzer-und-das-z-wort-ld.1742344>

² <https://bajour.ch/a/clj4o4i2w15378832siyy8jcz9gd/podium-zum-fall-sulzer-groegel>

6. Schriftliche Anfrage betreffend «Nach Nein zu den Flüchtlings-Containerdörfern: Öffnet der Regierungsrat endlich die Zivilschutzanlagen oder will er die Quartierbevölkerung weiter belasten?»

23.5371.01

Das erfreuliche Nein der eidgenössischen Räte zu einem Bundeskredit zur Errichtung von Flüchtlings-Containerdörfern ist eine herbe Niederlage für die zuständige SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Das Parlament, namentlich der Ständerat mit den Kantonsvertretern, hat dem behördlich tolerierten Asylmissbrauch einen Riegel geschoben. Es kann nicht sein, dass wegen der Unfähigkeit der Behörden, das Asylchaos wirkungsvoll zu bekämpfen, weitere Luxus-Containersiedlungen für Asylbewerber entstehen und so ohne Mitsprache der Bevölkerung Gemeinden und Quartiere noch stärker belastet werden.

Die Bundesbehörden rechnen weiterhin damit, dass die Zahl der Asylsuchenden im Sommer und Herbst explodieren wird. Schon heute geht man von 40'000 Gesuchen im Jahr 2023 aus – so viel wie noch nie und sogar noch mehr wie im Jahr 2015 (39'523 Gesuche), als Europa von einer gigantischen Asylwelle betroffen war.

Zu Recht wurde im Ständerat argumentiert, dass die Container nicht notwendig seien, da für die Unterbringung von Asylbewerbern Zivilschutzanlagen vorgesehen sind. Diese sind geeigneter als Wohncontainer-Dörfer in Quartieren, in welchen die Bevölkerung von den negativen Auswirkungen der Migrationswelle übermässig betroffen wäre – wie die jüngsten Ereignisse rund um den Erlenmatt-Platz im Kleinbasel wieder gezeigt hat.

Nach dem Entscheid der eidgenössischen Räte sind nun die Kantone gefordert. Gemäss der Generalsekretärin der Sozialdirektorenkonferenz müssen Abklärungen getroffen werden, wie viele Plätze in Zivilschutzanlagen zur Verfügung stehen und ob diese Anlagen brauchbar sind.

Diese Situation kommt auch auf den Kanton Basel-Stadt zu, wenn man – was zu hoffen ist – die Bevölkerung nicht mit zusätzlichen Asylunterkünften in Wohnquartieren belasten will. Solange keine griffige Rückführungsoffensive von illegalen Asylbewerbern durch den Bund veranlasst wird, wird auch der Druck auf unseren Kanton weiter zunehmen.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Geht der Regierungsrat davon aus, dass im Laufe des Jahres 2023 auch in Basel-Stadt Zivilschutzanlagen benötigt werden?
2. Falls ja, welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat bereits heute, um diese Zivilschutzanlagen bereit zu halten resp. sie brauchbar zu machen?
3. Falls nein, will der Regierungsrat weiterhin die Quartierbevölkerung mit Asylunterkünften – und den entsprechen negativen Auswirkungen in Bezug auf die Wohnqualität und die Sicherheit – belasten?
4. Wie viele Plätze stehen in Basel-Stadt in den Zivilschutzanlagen für Asylsuchende zur Verfügung?
5. Existiert ein Vollkostenvergleich (Platz Zivilschutzanlage vs. Platz Containerdorf)? Falls ja, bitte um detaillierte Angabe / Falls nein, bitte um Begründung, weshalb diese fehlt.
6. Welche weiteren Massnahmen trifft er, damit die Wohnbevölkerung vom anhaltenden und weiterhin stark zunehmenden Flüchtlingschaos nicht noch stärker betroffen sein wird?

Joël Thüring

7. Schriftliche Anfrage betreffend Lavabos an öffentlichen Recyclingstationen

23.5374.01

Das Entsorgen von Recyclingabfällen an den öffentlichen Recyclingstationen gehört zum Alltag der Bevölkerung vom Kanton Basel-Stadt. Die Recyclingstationen werden rege genutzt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Schliessung des Rohstoffkreislaufs. Die rege Nutzung und die oft vielseitig verschmutzte Recyclingware führt aber zu sehr schmutzigen Recyclingstationen und demnach oft auch schmutzigen Händen. Oft wird die Aufgabe des Recyclens aufgrund der Distanz der Stationen mit anderen Aufgaben verbunden. Während mit einem Abfalleimer dafür gesorgt ist, dass übrig gebliebene Taschen oder Nicht-Recyclebares entsorgt werden kann, gibt es für die verschmutzten Hände keine Lösung. Mit einem Händewaschbecken umgangssprachlich Lavabos könnte dies leicht behoben werden und das Recyclen würde den Menschen im Kanton noch etwas leichter gemacht.

Die Unterzeichnende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- ob und wenn ja welche Recyclingstationen in Basel über einen Wasseranschluss verfügen
- wie viele und welche Recyclingstationen einen Brunnen in Laufdistanz (20m) haben
- ob an alle Recyclingstationen ohne Brunnennähe ein simples Händewaschbecken installiert werden könnte
- was die Kosten dafür wären
- ob, falls kein Wasseranschluss möglich ist, ein Desinfektionsspender angebracht werden könnte.

Jo Vergat

8. Schriftliche Anfrage betreffend gesamtheitliche/s Areal-Organisation/-Management St. Jakobs-Areal

23.5375.01

Das Gebiet St. Jakob entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten auf einer Fläche von ca. 95ha zu einer der grössten Sport- und Freizeitanlagen Europas. Die Sport- und Eventanlagen umfassen das Fussballstadion St. Jakob-Park, die St. Jakobshalle, die Eishalle St. Jakob-Arena, die Pferdesportanlage Schänzli, das Gartenbad St. Jakob sowie die Sportanlagen St. Jakob mit unter anderem 19 Fussballfeldern und einem Leichtathletikstadion sowie dem Departement für Sport, Bewegung und Gesundheit der Universität Basel.

Die obengenannten Teile des Areals werden grösstenteils organisatorisch separat, jedoch meist mit einer teilweise oder vollständigen Beteiligung/Einbezug des Kantons Basel-Stadt betrieben. Es stellt sich die Frage, ob mit einem gesamtheitlicheren Ansatz, die Nutzung des Areals für alle Nutzenden attraktiver machen, die Marke St. Jakobs-Areal gestärkt und die Auslastung der Veranstaltungsorte verbessert werden könnte.

Deshalb bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- ob besonders für den Eventbereich St. Jakobs-Park, St. Jakobshalle und die St. Jakob-Arena eine gemeinsame Planung und Verknüpfung/Zusammenlegung/Bündelung der Ressourcen sinnvoll wäre
 - ob ein Beirat aus den wichtigsten Akteuren gebildet werden sollte
 - ob es bei vergleichbaren Arealen weltweit ähnliche Konzepte und Benchmarks gibt, die es auch für das St. Jakobs-Areal zu prüfen gälte
 - ob das (zusätzliche) Potenzial des St. Jakobs-Areal mit einer Studie vertieft geprüft und eruiert werden kann
- Jo Vergat

9. Schriftliche Anfrage betreffend Massnahmen zu Gunsten Quereinsteiger:innenausbildung zur Lehrperson

23.5376.01

Der Kanton Basel-Landschaft hat im Mai 2023 Massnahmen präsentiert, mit welchen er gegen den Lehrpersonenmangel vorgehen möchte. Viele der Herausforderungen, auf die der Nachbarkanton dabei reagiert, bestehen auch im Kanton Basel-Stadt, der seinerseits aber keine entsprechenden Massnahmen kommuniziert hat. Aus diesen Gründen bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten.

1. Quereinsteiger:innen müssen mindestens während einem Jahr auf Erwerbsarbeit verzichten. Das ist ein Hauptgrund für die geringe Nachfrage nach dieser Ausbildung. Der Kanton BL prüft nun die Einführung eines Ausbildungslohns. Prüft auch der Kanton BS diese Massnahme? Welche Anpassungen der rechtlichen Vorgaben sind notwendig, um so einen Ausbildungslohn einführen zu können für alle, die diese Ausbildung absolvieren?
2. Strebt auch der Kanton Basel-Stadt eine bessere Entlohnung der Studierenden im weiteren Verlauf der Quereinsteiger:innenausbildung an?
3. Berufseinsteiger: innen und Lehrpersonen in Ausbildung müssen häufig bereits grosse Verantwortung übernehmen. Wie können sie individueller und bedarfsgerechter begleitet werden? Können die Vorgaben für Mentor:innen vereinfacht und deren Entschädigung verbessert werden?
4. Inwiefern unterscheidet sich der Rechtsschutz bei nicht diplomierten Lehrpersonen von demjenigen ihrer offiziell qualifizierten Kolleg:innen (sowohl betreffend die zivil- als auch strafrechtliche Haftpflicht)?
5. Unterstützt der Regierungsrat einen vereinfachten Zugang zu den Pädagogischen Hochschulen für Absolvent:innen der Berufsmatura?
6. Nimmt der Kanton BS ebenfalls an der geplanten interkantonalen Kampagne für den Beruf der Lehrperson teil?
7. Wie überprüft der Kanton Basel-Stadt die Sicherstellung von quantitativen und qualitative Fachkräftebedarfs an den Schulen mittel- und langfristig?

Sasha Mazzotti

10. Schriftliche Anfrage betreffend problematisches Zusatzabkommen V des Regierungsrates mit dem Bürger-rat und der Christoph Merian Stiftung bezüglich der CMS-Fördermittel-Verteilung und -Verwendung

23.5377.01

Christoph Merian hat in seinem Testament von 1857 die Stadtgemeinde als die seiner Frau Margarethe nachgesetzte Universalerbin bestimmt (auch in Hinblick auf die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung). Mit der im Jahre 1875 in Kraft gesetzten neuen Kantonsverfassung verschwand die Institution der Stadtgemeinde; an ihrer Stelle wurden die Einwohnergemeinde und die Bürgergemeinde eingesetzt. Diese beiden Institutionen haben im Jahre 1876 bezugnehmend auf das Testament von Christoph Merian in einem Grundabkommen («Ausscheidungsvertrag») die Kompetenzen bezüglich der Christoph Merian Stiftung (CMS) festgelegt; dieses Abkommen wurde am 6.6.1876 vom Grossen Rat ratifiziert und darin unter anderem die Verteilung und Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens unter der Bürgergemeinde und der Einwohnergemeinde in dem

Grundabkommen geregelt: a.) Bürgergemeinde: ein Drittel der Erträge: für Armenhäuser, Linderung der Not und des Unglücks; b.) Einwohnergemeinde: zwei Drittel der Erträge: für nützliche und zweckmässige städtische Einrichtungen. – Der Verteilschlüssel und teilweise die Verwendung der Erträge wurden in verschiedenen Zusatzabkommen (I-IV) immer wieder neu geregelt; letztmals Ende 1975.

Ein neues Zusatzabkommen (zum Grundabkommen) haben der Regierungsrat und der Bürgerrat in den letzten Monaten ausgehandelt (neu: Zusatzabkommen V) – erstmals mit einem neuen, dritten Vertragspartner, der CMS: a.) Der Ertragsüberschuss wird hälftig unter der Bürger- und Einwohnergemeinde aufgeteilt, b.) Die CMS erarbeitet Förderprogramme und legt diese der EG und BG zur Genehmigung vor. – Über die inhaltliche Verwendung der Fördermittel gibt es in der Vereinbarung keine Aussage und auch der Stifter Christoph Merian sowie der Stiftungszweck werden im Abkommen V mit keinem Wort erwähnt.

Dieses Zusatzabkommen V wurde vom Regierungsrat am 28.3.2023 genehmigt; auch der Bürgerrat hat am 28.3.2023 dieses Abkommen genehmigt; die CMS hat dem Abkommen schon früher zugestimmt. Das Zusatzabkommen V wurde am 20.6.2023 als «wichtiger Vertrag» noch dem Bürgergemeinderat vorgelegt und trotz kritischer Voten genehmigt. Mit der Unterzeichnung des Zusatz-Abkommens V (mit dem Titel «Vereinbarung über die Genehmigungsanteile») werden die Zusatzabkommen I («Vereinbarung über die Unterstützung der bürgerlichen Armenhäuser») und das Zusatzabkommen IV («Vereinbarung über die Unterstützung der bürgerlichen Fürsorgeinstitutionen») aufgehoben.

Ich bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb wurde das Zusatzabkommen V nicht dem Grossen Rat unterbreitet? Denn das neue Zusatzabkommen hat drei gewichtige Änderungen zu dem vom Grossen Rat ratifizierten Grundabkommen (Ausscheidungsvertrag): a.) neuer Verteil-schlüssel: EG: 50% statt zwei Drittel, BG: 50% statt eines Drittel. b.) Ganz neues Vertragskonstrukt: Dreiparteien- statt Zweiparteien-Vertrag - mit der CMS als zusätzlicher Vertragspartner c.) Die Mittelverwendung (für soziale oder städtische Zwecke) ist mit keinem Wort im Abkommen erwähnt und so nicht mehr geregelt.
2. Im Dreiparteien-Vertragskonstrukt schliesst der Bürgerrat nicht nur mit dem Regierungsrat, sondern auch mit der CMS einen Vertrag ab; und so schliesst das Stiftungsaufsichtsorgan (=Bürgerrat) einen Vertrag über die Verteilung der Fördermittel mit der zu beaufsichtigenden Stiftung (=CMS) ab. Ein solches Vertragskonstrukt erscheint aus Good Governance-Gründen fraglich. Weshalb hat der Regierungsrat diesem Konstrukt zugestimmt?
3. Die CMS schreibt auf ihrer Homepage, dass «ein Drittel der gesamten Förderung» (ca. CHF 6-8 Mio.) für eigene Institutionen (Merian Gärten, Cartoons Museum, Verlag) mit ihren diversen Förder-Projekten (Projekt Schule und Landwirtschaft, Ausstellungsprojekte, Buchprojekte etc.) eingesetzt wird. Weshalb hat der Regierungsrat nicht dafür gesorgt, dass die Verwendung dieser Projekt-Fördermittel transparent gemacht und auch im Zusatzabkommen V geregelt wird, um so die (für öffentlich-rechtliche Stiftungen wichtige) demokratische Kontrolle dieser Mittel zu gewährleisten?
4. Im Ausscheidungsvertrag und in den Zusatzabkommen I-IV wurde jeweils klar deklariert, für welche Stiftungszwecke (Armutsprojekte, sozialer Zweck etc.; siehe auch: die Bezeichnung der Zusatzvereinbarungen) die Fördermittel eingesetzt werden. Diese Zwecksetzung diente jeweils als Leitlinie für die Förderprogramme. Indem der Stiftungszweck im neuen Abkommen nicht mehr enthalten ist, besteht die Gefahr, dass der Stiftungszweck ausgehöhlt wird. Wie schätzt der Regierungsrat diese Gefahr ein und weshalb sind Stifterwille und die Stiftungszwecke im Abkommen nicht mehr weiterhin explizit abgebildet?
5. Ist der Regierungsrat bereit, aufgrund neuer Erkenntnisse aus den obigen Fragestellungen, die Vereinbarung vor der definitiven Unterzeichnung zu überdenken sowie neu zu verhandeln und dann das Zusatzabkommen dem Grossen Rat zur Ratifizierung vorzulegen? Falls nein, weshalb nicht?
6. Ist der Regierungsrat gewillt zu prüfen, ob das Grundabkommen zwischen Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde aus dem Jahre 1876 noch zeitgemäss ist?

Nicola Goepfert

11. Schriftliche Anfrage betreffend Härtefallbewilligungen für Sans-Papiers

23.5378.01

Laut Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) sowie Asylgesetz (AsylG) besteht im Falle eines persönlichen Härtefalls die Möglichkeit, ausländischen Personen eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen.

Im Kanton Basel-Stadt wurde auf den Anzug Leonhard Burckhardt und Konsorten betreffend «Legalisierung von Sans-Papiers nach dem Muster des Kantons Genf» hin ein Merkblatt ausgearbeitet. Mit diesem öffentlichen Merkblatt wird detailliert geregelt, wann jemand die Voraussetzungen für eine Härtefallbewilligung erfüllt. Die Einführung dieses Merkblattes hatte zum Ziel, den betroffenen Personen grösstmögliche Rechtssicherheit zu geben.

Jedes Jahr publiziert das Staatssekretariat für Migration SEM die Zahlen zu den Härtefallbewilligungen. Gesetzlich werden drei Zugänge zu einer Härtefallbewilligung festgehalten: Über den Art. 84 Abs. 5 AIG können vorläufig Aufgenommene ein Gesuch stellen. Art. 30 Abs.1 Bst. B AIG ermöglicht es eine Aufenthaltsbewilligung an Personen zu erteilen, die sich ohne Aufenthaltsstatus in der Schweiz aufhalten. Und schliesslich Art. 14 Abs. 2 AsylG bestimmt, dass asylsuchende Personen auf Antrag des Kantons eine Aufenthaltsbewilligung erhalten können.

Die vom SEM dargelegten und ausgewiesenen Zahlen vermitteln jedoch kein vollständiges Bild. Es listet nur diejenigen Gesuche auf, die von den Kantonen überhaupt an das SEM überwiesen wurden.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele sogenannte Sans-Papiers leben gemäss aktuellen Schätzungen im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie lange leben Sans-Papiers im Schnitt bereits in Basel-Stadt?
3. Wie hoch ist die Erwerbsquote bei Sans-Papiers in Basel-Stadt und in welchen Branchen arbeiten sie hauptsächlich?
4. Wie viele von den in Basel-Stadt lebenden Sans-Papiers haben keinen geregelten Aufenthaltsstatus aufgrund eines negativen Asylentscheides?
5. Wie wird das ausgearbeitete «Merkblatt über Gesuche um Härtefallregelung» in der Praxis angewendet? Bitte berichten Sie ausführlich anhand eines möglichen Fallbeispiels.
6. Wie hat sich die Anzahl eingereicherter Härtefälle seit der Einführung des Merkblattes verändert? Wie erklärt man sich die entsprechende Veränderung, falls eine vorliegt?
7. Wie viele Härtefallgesuche wurden, aufgeschlüsselt nach Jahr und den drei im Text genannten gesetzlichen Zugangsmöglichkeiten, in den letzten 5 Jahren im Kanton Basel-Stadt gestellt?
8. Wie viele Härtefallgesuche wurden erst nach der Prüfung durch die Härtefallkommission dem Staatssekretariat für Migration vorgelegt, wieder aufgeschlüsselt nach Jahr und den drei im Text genannten Zugängen?
9. Wie viele dieser Gesuche wurden, wieder aufgeschlüsselt nach Jahr und den drei im Text genannten Zugängen, in den letzten 5 Jahren nicht an das SEM weitergeleitet?
10. Welche Kriterien des Merkblattes führten in wie vielen Fällen dazu, dass ein Gesuch nicht an das SEM weitergeleitet wurde?
11. Welche Möglichkeiten haben die betroffenen Personen, gegen das Nicht-Weiterleiten eines Gesuches an das SEM vorzugehen?
12. Werden betroffene Personen vom Kanton aktiv auf die Möglichkeit eines Härtefallgesuches hingewiesen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Nicola Goepfert